

Arbeitskreis Konjunktur des IWH

Article

Wirtschaft erholt sich vom Corona-Schock - aber keine schnelle Rückkehr zur alten Normalität

Konjunktur aktuell

Provided in Cooperation with:

Halle Institute for Economic Research (IWH) – Member of the Leibniz Association

Suggested Citation: Arbeitskreis Konjunktur des IWH (2020) : Wirtschaft erholt sich vom Corona-Schock - aber keine schnelle Rückkehr zur alten Normalität, Konjunktur aktuell, ISSN 2195-8319, Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH), Halle (Saale), Vol. 8, Iss. 3, pp. 66-98

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/224903>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Konjunktur aktuell

3/2020

16. September 2020, 8. Jahrgang

Arbeitskreis Konjunktur des IWH **s. 66**



Wirtschaft erholt sich vom Corona-Schock – aber keine schnelle Rückkehr zur alten Normalität

Die Corona-Pandemie hat die Weltwirtschaft im ersten Halbjahr 2020 drastisch einbrechen lassen. Auch das deutsche Bruttoinlandsprodukt ist im ersten Halbjahr 2020 stark zurückgegangen. Inzwischen ist die Wirtschaft auf dem Weg in eine neue Normalität. Für das Jahr 2021 ist mit einem BIP-Zuwachs von 3,2% zu rechnen. Für Ostdeutschland zeichnet sich ab, dass der Einbruch der Wirtschaft schwächer ausfällt als in Deutschland insgesamt.

Konjunktur aktuell: Wirtschaft erholt sich vom Corona-Schock – aber keine schnelle Rückkehr zur alten Normalität

Arbeitskreis Konjunktur des IWH*

Zusammenfassung

Die Corona-Pandemie hat die Weltwirtschaft im ersten Halbjahr 2020 drastisch einbrechen lassen. Im Sommer wurden viele Aktivitäten aber wiederaufgenommen, und ein großer Teil des Einbruchs dürfte im zweiten Halbjahr wieder wettgemacht werden. Einige wirtschaftliche Aktivitäten wie der Tourismus oder Verkehrsdienstleistungen werden allerdings noch eine Weile eingeschränkt bleiben.

Das deutsche Bruttoinlandsprodukt ist im ersten Halbjahr 2020 deutlich stärker zurückgegangen als während der Finanzkrise im Winterhalbjahr 2008/2009. Zwar ist die wirtschaftliche Aktivität ab Mai wieder kräftig gestiegen, die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe lag aber im Sommer noch deutlich unter dem Stand zu Jahresanfang. Auch am Arbeitsmarkt ist die Rezession angekommen: Die Zahl der Erwerbstätigen nahm zwischen Februar und Juli 2020 um 1,5% ab. Nicht zuletzt wegen der automatischen Stabilisatoren und der fiskalpolitischen Maßnahmen sind die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte aber stabil geblieben. Alles in allem dürfte das deutsche Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2020 um 5,7% geringer ausfallen als im Vorjahr, im kommenden Jahr dürfte es um 3,1% zulegen. Die Kapazitäten werden wohl bis ins Jahr 2022 unterausgelastet bleiben, und auch das Produktionspotenzial wächst langsamer als zuvor.

Für Ostdeutschland zeichnet sich ab, dass der Einbruch der Wirtschaft schwächer ausfällt als in Deutschland insgesamt. So ist die Mobilität der Menschen während der Pandemie im Osten weniger deutlich zurückgegangen als im Westen. Das Hauptrisiko für die deutsche Konjunktur besteht weiterhin im Pandemiegeschehen. So kann der gegenwärtig starke Anstieg der Infektionszahlen in Frankreich und Spanien auch die Erholung in Deutschland gefährden, denn die Volkswirtschaften sind eng miteinander verflochten.

Tabelle

Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose des IWH für Deutschland in den Jahren 2019 bis 2022

	2019	2020	2021	2022
Veränderung des preisbereinigten BIP gegenüber dem Vorjahr in %				
Deutschland	0,6	-5,7	3,2	2,5
darunter: Ostdeutschland ^a	1,3	-3,0	2,9	2,2
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Arbeitsvolumen	0,6	-5,6	3,1	0,6
Tariflöhne je Stunde	3,2	2,0	1,5	2,2
Effektivlöhne je Stunde	3,1	3,2	-2,2	2,0
Lohnstückkosten ^b	3,2	3,6	-2,2	0,1
Verbraucherpreisindex	1,4	0,5	1,2	1,2
in 1 000 Personen				
Erwerbstätige (Inland)	45 269	44 762	44 833	45 187
Arbeitslose ^c	2 267	2 732	2 727	2 421
in %				
Arbeitslosenquote ^d	5,0	6,0	5,9	5,3
darunter: Ostdeutschland ^a	6,4	7,4	7,3	6,7
% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt				
Finanzierungssaldo des Staates	1,5	-5,4	-4,1	-3,2
Leistungsbilanzsaldo	7,1	4,6	3,9	4,6

^a Ostdeutschland einschließlich Berlin. – ^b Berechnungen des IWH auf Stundenbasis. – ^c Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit (BA). – ^d Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit).

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 2020: Prognose des IWH (Stand: 16.09.2020).

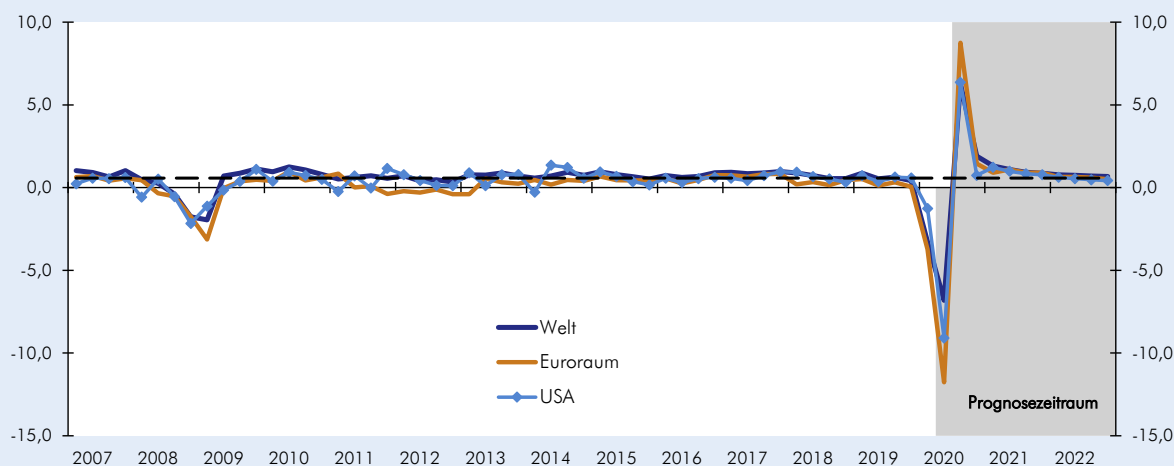
* Brautzsch, Hans-Ulrich; Claudio, João Carlos; Drygalla, Andrej; Exß, Franziska; Heinisch, Katja; Holtemöller, Oliver; Kämpfe, Martina; Lindner, Axel; Müller, Isabella; Schultz, Birgit; Staffa, Ruben; Wieschemeyer, Matthias; Zeddies, Götz.

Weltwirtschaft scheint sich rasch zu fangen

Die Corona-Pandemie hat die **Weltproduktion im ersten Halbjahr 2020** drastisch einbrechen lassen (vgl. Abbildung 1), um 6,8% gegenüber dem zweiten Halbjahr 2019. Einen vergleichbaren Rückgang hat es, seit unterjährige Berechnungen für das Bruttoinlandsprodukt in der Welt vorliegen, nicht gegeben, auch nicht während der Großen Rezession in den Jahren 2008/2009. Um Infektionsrisiken zu senken, haben Unternehmen, private Haushalte und der Staat weltweit einen erheblichen Teil ihrer wirtschaftlichen Aktivitäten eingestellt. Im Sommer ist das Geschäftsleben aber zu einem erheblichen Teil wieder zurückgekehrt. Dabei deutet ein auf Bewegungsdaten von Handy-Nutzern beruhender Mobilitätsindikator darauf hin, dass die Normalisierung in Ländern wie Deutschland, Frankreich und Italien weiter fortgeschritten ist als in Großbritannien und den USA (vgl. Abbildung 2). Die Industrieproduktion hat in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften im Juni etwa die Hälfte ihres Einbruchs wieder aufholen können und Stimmungsindikatoren sprechen dafür, dass Unternehmen weltweit mit einer Fortsetzung der Erholung rechnen. In China, wo Pandemie und Wirtschaftskrise Anfang des Jahres ihren Ausgang nahmen, wurde das Produktionsniveau von Ende 2019 im zweiten Quartal nach offiziellen Angaben sogar schon wieder erreicht.

Abbildung 1
Bruttoinlandsprodukt der Welt, der USA und des Euroraums

Vierteljährliche Zuwachsraten in %



Quellen: OECD; IWF; Eurostat; nationale Statistikämter; 2020 und 2021: Schätzung und Prognose des IWH.

Freilich ist die **Pandemie** noch keineswegs auf dem Rückzug. Die Anzahl der weltweit registrierten Neuinfizierten bewegt sich seit August auf Rekordniveau (bei täglich knapp 300 000), und die Zahl der Opfer ist mit etwa 6 000 pro Tag¹ Anfang September kaum niedriger, als sie es in der Spitze im April war. Im Sommer hat sich die Zahl von Infektionen und Sterbefällen vor allem in Südamerika, Indien und den USA erhöht. Dass die Infektionszahlen auch in einigen Ländern Europas, vor allem in Spanien und Frankreich, wieder gestiegen sind, zeigt Abbildung 3. Jeder Punkt stellt für ein bestimmtes Land und einen Tag zwischen Ende Januar und Mitte September 2020 die Kombination aus der Zahl der bis dahin bestätigten Covid-19-Infektionen je eine Million Personen und der Zahl der Neuinfektionen gegenüber dem Stand von vor einer Woche dar. In Asien sind die Fallzahlen zwar weiterhin niedrig, verschwunden ist das Virus aber auch dort nicht. Vor dem Hintergrund des aktuellen Pandemiegeschehens haben die Staaten weltweit ihre zum Zweck der Infektionsvermeidung auferlegten Restriktionen seit August nicht weiter gesenkt oder sogar wieder leicht verschärft.² Ein global sehr weitgehender Lockdown wie im Frühjahr ist aber nicht zu erwarten, auch wenn in der nördlichen Hemisphäre die Zahl der Infektionen mit der kälteren Jahreszeit deutlich steigen sollte. Denn zum einen ist die

¹ Quelle: Johns Hopkins University of Medicine Coronavirus Resource Center, <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>.

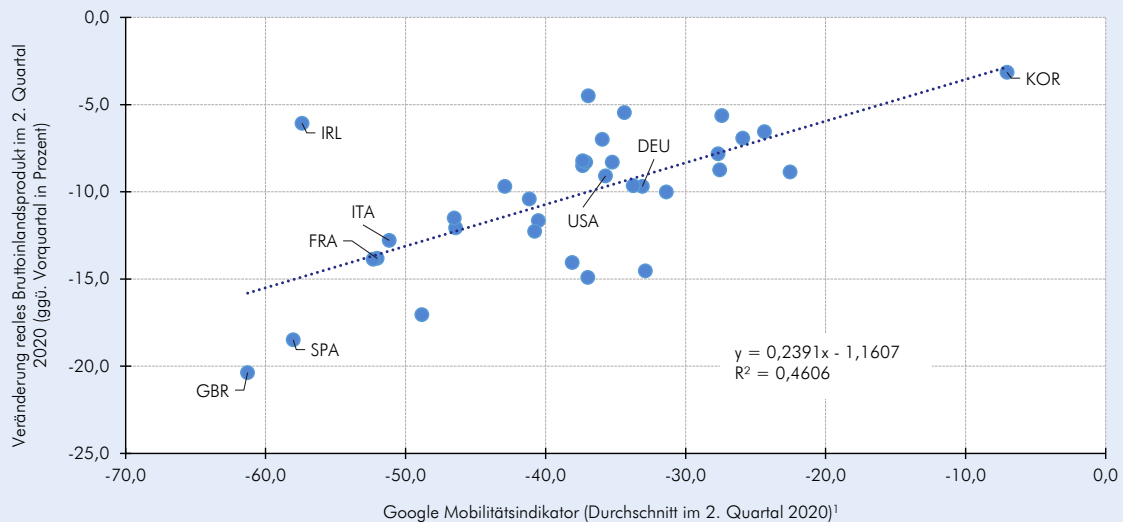
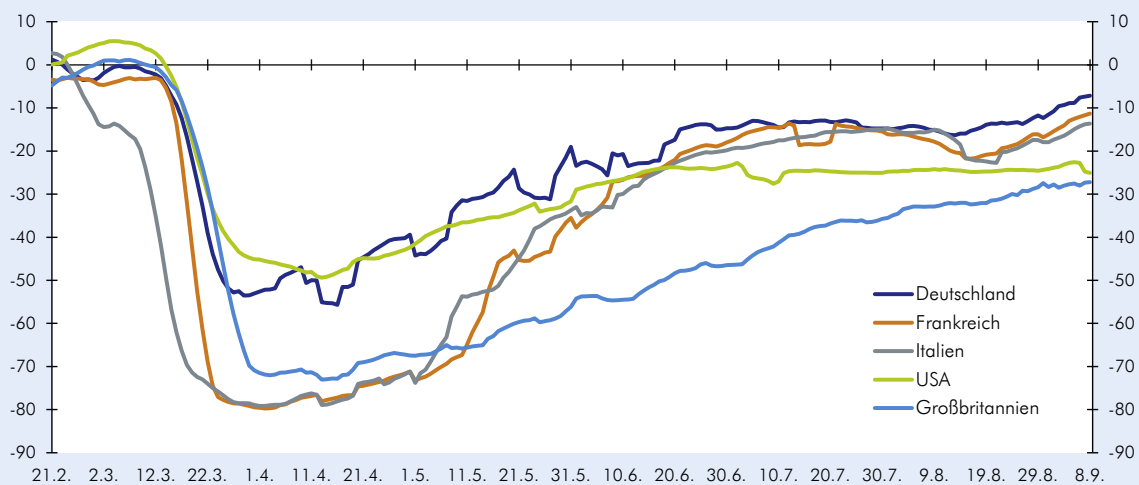
² Das zeigt etwa der von der Universität Oxford für einzelne Länder täglich berechnete „Stringenz-Indikator“. Vgl. <https://github.com/OxCGRT/covid-policy-tracker/blob/master/documentation/codebook.md#containment-and-closure-policies>.

Anzahl der Todesfälle in Relation zu den Infektionen in den meisten fortgeschrittenen Volkswirtschaften (einschließlich Spanien und Frankreich) gesunken, zum anderen werden die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Kosten eines erneuten Lockdowns außerordentlich hoch eingeschätzt. Für die Zeit ab Frühjahr 2021 scheint die berechtigte Hoffnung zu bestehen, dass der Einsatz von dann verfügbaren Impfstoffen die Pandemie weltweit allmählich zurückdrängen kann.

Abbildung 2

Auswirkungen Corona-bedingter Einschränkungen auf die Produktion

(a) Mobilität und Wirtschaftsleistung

(b) Google Mobilitätsindikator¹ im Jahresverlauf 2020

¹ Mittelwert aus "Workplaces", "Transit stations" und "Retail and Recreation"; Median 3.1.2020 bis 6.2.2020 = 100.

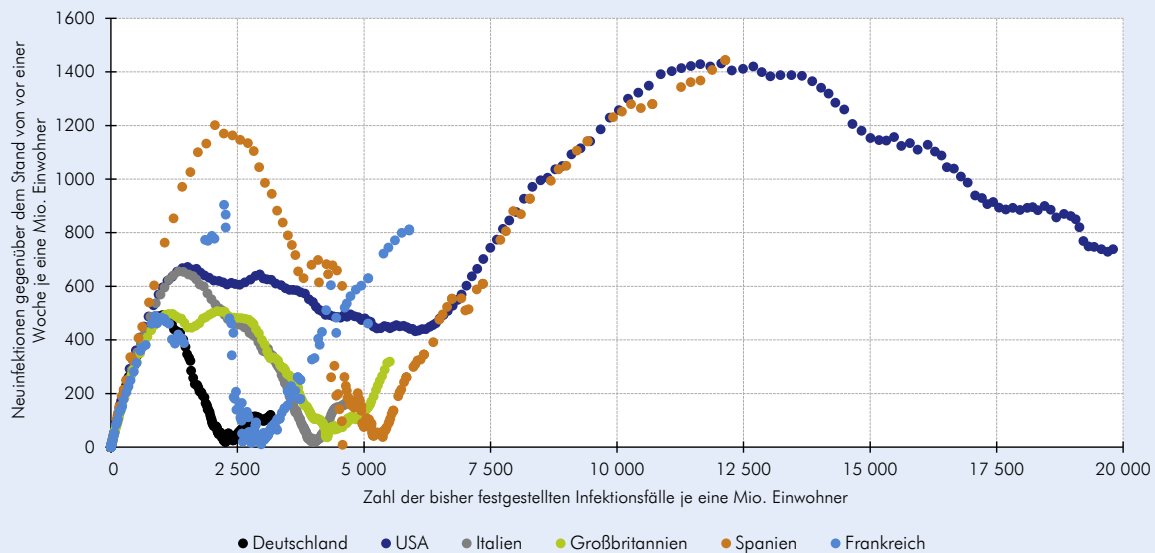
Quellen: Google COVID-19 Community Mobility Report; Nationale Statistikämter; Berechnungen des IWH.

Für die zweite Jahreshälfte 2020 ist mit einem **weltweiten Wiederanstieg der Produktion** vor allem in den Wirtschaftszweigen zu rechnen, die im ersten Halbjahr von der Pandemie besonders hart getroffen wurden. Besonders drastisch war in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften der Rückgang im Bereich Handel, Verkehr und Gastgewerbe. Auch im Verarbeitenden Gewerbe ging die Produktion zumeist mit zweistelligen Raten zurück. Sehr unterschiedlich ist dagegen die Bauwirtschaft getroffen worden: Während in Deutschland und Südkorea im zweiten Quartal in etwa so viel gebaut wurde wie Ende 2019, war die Bauproduktion in Frankreich, Spanien und Großbritannien um etwa ein Drittel niedriger. Die Unterschiede erklären sich zum großen Teil daraus, dass der Lockdown unterschiedlich rigoros gehandhabt wurde, je nach dem, in welchem Ausmaß die Pandemie die Länder traf. Davon hing auch die Höhe des gesamtwirtschaftlichen Einbruchs wesentlich ab. Zudem wurde die Wirtschaft in einigen von der Pandemie stark heimgesuchten Schwellenländern besonders

hart getroffen.³ Dort ist Infektionsschutz schwieriger zu organisieren als in fortgeschrittenen Volkswirtschaften, etwa weil der Anteil der Tätigkeiten, die sich auch aus dem Home Office erledigen lassen, geringer ist. Der Welthandel mit Waren lag im zweiten Quartal 2020 um 15% unter seinem Niveau von Ende 2019. Er ist damit in etwa so stark zurückgegangen wie während der Finanzkrise im Winterhalbjahr 2008/2009, als die Warenproduktion in ähnlichem Ausmaß wie gegenwärtig sank, der Dienstleistungsbereich aber deutlich weniger betroffen war. Im Juni hat der Welthandel reichlich ein Drittel seines Einbruchs wieder aufgeholt.

Abbildung 3
Neuinfektionen und Gesamtzahl der Infektionsfälle relativ zur Bevölkerung

Tagesdaten vom 29.01.2020 bis 13.09.2020



Quellen: Johns Hopkins University; Berechnungen des IWH.

Die **Rohstoffpreise** begannen sich schon im Frühjahr zu erholen. Mittlerweile (September) sind Industriemetalle sogar etwas teurer als vor Ausbruch der Pandemie. Hier spielt teilweise schwaches Angebot eine Rolle, weil im ersten Halbjahr Wartungsarbeiten in bedeutenden lateinamerikanischen Minen unterbleiben mussten. Vor allem wird aber mit der weltwirtschaftlichen Erholung eine steigende Nachfrage erwartet. Dies ist auch der Hauptgrund dafür, dass der Ölpreis einen Teil seines Einbruchs vom März wieder wettgemacht hat. Zudem wurde die von der OPEC und Russland im April vereinbarte Reduktion der Fördermengen im Wesentlichen eingehalten, und der Preiseinbruch vom Frühjahr hat das besonders elastische Angebot aus den USA spürbar reduziert. Mit etwa 40 US-Dollar (Brent) je Barrel liegt der Ölpreis aber Mitte September immer noch um etwa ein Drittel unter Vorjahresniveau.

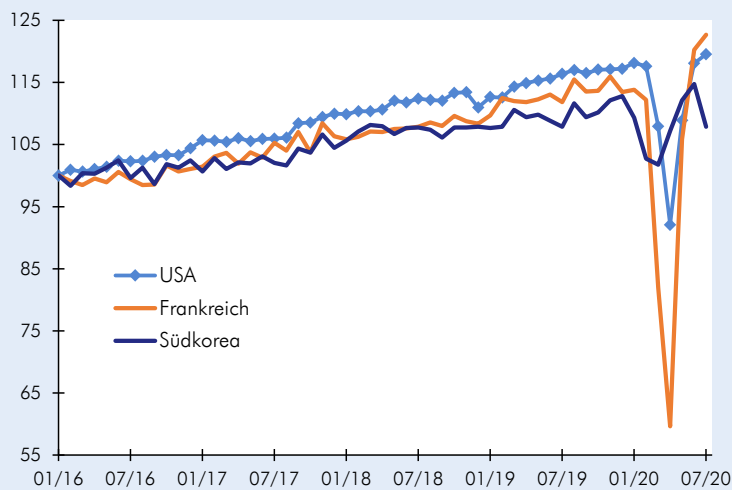
Der immer noch niedrige Ölpreis dämpft die **Verbraucherpreisinflation** weltweit spürbar. Dass die Pandemie die Produktion etlicher Güter (etwa von Nahrungsmitteln) verteuert hat, fällt demgegenüber wenig ins Gewicht. Im Juli lag die Inflationsrate in den USA bei 1% und in Japan (trotz der Mehrwertsteuererhöhung vom vergangenen Herbst) bei 0,3%. Im Euroraum fiel sie im August (auch wegen der Mehrwertsteuersenkung in Deutschland) auf -0,2%. Inflationärer Druck geht in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften dagegen von den Lohnstückkosten aus. Sie lagen im zweiten Quartal in den USA um 4,9% und im Euroraum gar um 8,7% über Vorjahresniveau. Die Produktion ist also deutlich stärker zurückgegangen als die Lohnkosten. Im Euroraum dürfte ausschlaggebend gewesen sein, dass viele Unternehmen mit staatlicher Unterstützung unterbeschäftigte Belegschaft gehalten haben, während in den USA die Durchschnittslöhne wohl vor allem deswegen gestiegen sind, weil massiv Niedriglohnjobs gestrichen wurden. Die Arbeitslosenquote ist dort während der Pandemie von 3,5% auf 14,7% im April hochgeschwungen, um mit den Lockerungen der Restriktionen rasch wieder zu sinken (auf 8,4% im August).

³ So sank das Bruttoinlandsprodukt im zweiten Quartal in Indien um 25% und in Peru um 30%.

Die Wirtschaft ist in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften im Sommer vor allem dank gelockerter Eindämmungsmaßnahmen wieder angesprungen (vgl. Abbildung 4). Viele Arten privaten Konsums, die mit sozialen Kontakten einhergehen, wurden wieder möglich. Allerdings hatten die privaten Haushalte trotz Produktionseinbruchs auch hinreichend Einkommen und Vertrauen, um ihr Ausgabenverhalten wieder zu normalisieren. Dazu dürften auch die massiven finanzpolitischen Eingriffe vonseiten der **Wirtschaftspolitik** beigetragen haben. Die in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften geschnürten Fiskalpakete sind in ihrem Umfang (auch relativ zur Wirtschaftsleistung) einmalig, auch wenn nur ein Teil der Maßnahmen schon in diesem Jahr wirksam wird.

Abbildung 4
Einzelhandelsumsätze

Index Jan. 2016 = 100; preisbereinigte Angaben



Quellen: Datastream; nationale Statistikämter.

In den USA ist für 2020 mit einem Staatsdefizit von knapp 15% (kalenderjährlich und gesamtstaatlich) im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt zu rechnen, und über alle Euroraum-Länder aggregiert dürfte die Quote des öffentlichen Defizits knapp 9% betragen. Die großen Zentralbanken akkommodieren die finanzpolitischen Maßnahmen, indem sie in großem Umfang Staats titoli erwerben und signalisieren, dass für längere Zeit mit Leitzinsen von um die null Prozent zu rechnen ist. Ende August hat die US-Notenbank darüber hinaus Änderungen an ihrer geldpolitischen Strategie⁴ bekanntgegeben. Neu ist vor allem, dass die Notenbank plant, im Falle

einer längeren Phase mit Inflationsraten unter dem 2%-Ziel (wie gegenwärtig) für einige Zeit auch Inflationsraten anzustreben, die moderat über dem Ziel liegen. Der Außenwert des US-Dollar hat auf diese Nachricht hin etwas nachgegeben. Allerdings hat der Dollar schon seit Ende Mai in der Tendenz abgewertet, relativ zum Euro um etwa 7%.

Die weltweit expansive Finanz- und Geldpolitik hat wohl wesentlich dazu beigetragen, dass die Aktienkurse seit April wieder stark gestiegen sind; Mitte September sind Aktien, trotz Kursverlusten Anfang des Monats, gemessen am MSCI-Weltindex ungefähr so viel wert wie vor Ausbruch der Krise, die großen Technologiewerte notieren sogar deutlich höher. Auf Allzeittiefs liegen seit dem Sommer die Zinsen auf zehnjährige Schuldtitel von Staaten hoher Bonität. So rentieren etwa US-Titel Mitte September mit 0,7%, britische mit 0,2% und deutsche mit -0,5%. Die Risikoprämien, die Schuldner geringerer Bonität zahlen müssen, sind im Schnitt kaum höher als vor der Pandemie.

Alles in allem deutet also vieles darauf hin, dass ein großer Teil des weltwirtschaftlichen Einbruchs vom ersten Halbjahr 2020 im zweiten Halbjahr wieder wettgemacht wird. Freilich dürfte die Pandemie noch bis ins Jahr 2021 anhalten, und deshalb werden einige wirtschaftliche Aktivitäten wie der Tourismus, aber auch die für überregionales Wirtschaften schwer verzichtbare Mobilität von Arbeitskräften eingeschränkt bleiben. Die Weltproduktion sinkt nach vorliegender **Prognose** im Jahr 2020 um 4,5%, um im Jahr darauf um 5,3% und im Jahr 2022 um 3,3% zuzulegen (vgl. Tabelle A1). Der Welthandel mit Gütern geht dieses Jahr um 8,7% zurück, für das Jahr 2021 wird eine Expansionsrate von 5,9% prognostiziert, für 2022 eine von 3,3%.

Das zentrale weltwirtschaftliche **Risiko** besteht weiterhin im Pandemiegeschehen. So ist die hier prognostizierte deutliche Erholung der Wirtschaft im Euroraum wohl nur vorstellbar, wenn es in Frankreich und Spanien gelingt, die zuletzt stark gestiegenen Infektionszahlen wieder ein Stück weit zu verringern. Auch ist nicht

⁴ Die Änderungen sind Ergebnis eines Überprüfungsprozesses der geldpolitischen Strategie. Dieser Prozess begann Anfang 2019 und schloss Elemente öffentlicher Kommunikation mit ein.

sicher, ob es im kommenden Jahr wirksame Impfstoffe geben wird. Wenn nicht, ist damit zu rechnen, dass die Aktivität in den von der Pandemie besonders betroffenen persönlichen Dienstleistungen (etwa dem Einzelhandel oder der Gastronomie) weiter deutlich unter Vorkrisenniveau bleiben wird. Für diesen Fall stellt sich die Frage, wie gut andere Wirtschaftszweige (etwa Onlinehandel oder Lieferservices) in der Lage sind, diese Dienste aus Konsumentensicht adäquat zu ersetzen.⁵ Gelingt diese Substitution auch auf Dauer nicht, schlägt sich dies in einer schwächeren totalen Faktorproduktivität nieder, wodurch das Produktionspotenzial sinkt.

Neben Corona als dem Hauptrisikofaktor bestehen noch andere Gefahren für die Weltkonjunktur. So droht eine weitere Verschärfung des Handelskonflikts zwischen den USA und China. Er könnte die Konjunktur insbesondere dann erheblich belasten, wenn Sanktionen die internationalen Wertschöpfungsketten in der Digitalwirtschaft beschädigten. Für Europa bestehen schließlich die mit einem harten Brexit einhergehenden Konjunkturrisiken fort. Großbritannien und die Europäische Union scheinen sich nicht darauf einigen zu können, die Ende dieses Jahres auslaufende Interims-Mitgliedschaft Großbritanniens im Europäischen Binnenmarkt durch ein Handelsabkommen zu ersetzen. Es wird in dieser Prognose aber unterstellt, dass pragmatische Ad-Hoc-Regeln auf beiden Seiten einen Abbruch der Wirtschaftsbeziehungen verhindern werden.

Kasten 1

Annahmen bezüglich der Rahmenbedingungen

Der vorliegenden Prognose liegen folgende Annahmen zugrunde: Der Preis für Öl der Sorte Brent liegt im Durchschnitt des zweiten Halbjahres 2020 bei 44, im Jahr 2021 bei 46 und im Jahr 2022 bei 47 US-Dollar pro Barrel. Der Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar liegt bis Ende des Jahres 2022 bei 1,16 Dollar pro Euro. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist im Prognosezeitraum nur wenig geringer als im Schnitt des Jahres 2019. Der Welthandel mit Waren (CPB) schrumpft im Jahr 2020 um 8,7%; im Jahr 2021 steigt er um 5,9% und im Jahr 2022 um 3,3%. Die EZB lässt ihren Einlagezinssatz im Prognosezeitraum bei -0,5% und sorgt darüber hinaus weiterhin mittels längerfristiger Refinanzierungsgeschäfte und Anleihekäufe, dass die monetären Rahmenbedingungen im Euroraum günstig bleiben.

Es wird unterstellt, dass die Übergangsphase für den Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union Ende 2020 ausläuft, ohne dass eine vertragliche Anschlussregelung gefunden wird, dass aber pragmatische Regelungen eine Fortsetzung der dringlichsten wirtschaftlichen Transaktionen zwischen den beiden Wirtschaftsräumen ermöglichen und auch der europäische Finanzsektor stabil bleibt.

Über den Fortgang der Pandemie wird unterstellt, dass die Zahlen der Infektionen und der schweren Krankheitsverläufe in Herbst und Winter nicht stark steigt und auf einen erneuten flächendeckenden Lockdown deshalb verzichtet werden kann. Darüber hinaus wird unterstellt, dass die Pandemie im Verlauf des Jahres 2021 auch weltweit unter Kontrolle gebracht werden kann und im Jahr 2022 die Weltkonjunktur nicht mehr belastet.

Was die deutsche Finanzpolitik betrifft, beläuft sich der Impuls aus diskretionären Maßnahmen im Jahr 2020 auf 5,5% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. Über die Hälfte des finanzpolitischen Impulses geht auf die Hilfsmaßnahmen zur Bewältigung der Corona-Pandemie zurück, etwa die Zuschüsse von Bund und Ländern an die Unternehmen, die Ausweitung des Kurzarbeitergeldes und weiterer monetärer Sozialleistungen oder die steuerlichen Maßnahmen zur Liquiditätssicherung. Darüber hinaus liefert das Corona-Konjunkturpaket im laufenden Jahr einen Nachfrageimpuls von ungefähr 2% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. Belastend auf den Haushalt wirken vor allem die temporäre Absenkung der Umsatzsteuersätze sowie die Überbrückungshilfen für kleine und mittelständische Unternehmen. Schließlich führen die

⁵ Aus theoretischer Sicht geht es dabei um die Substitutionselastizität bei der Produktion unterschiedlicher Güter durch die Unternehmen einerseits und um die Elastizität beim Konsum dieser Güter durch die privaten Haushalte auf der anderen Seite. Vgl. etwa *Krueger, D.; Uhlig, H.; Xie, T.*: Macroeconomic Dynamics and Reallocation in an Epidemic, PIER Working Paper No. 20-015, 2020.

nicht-Corona-bedingten diskretionären finanzpolitischen Maßnahmen zu staatlichen Mehrausgaben bzw. Mindereinnahmen im Umfang von 0,6% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt.

Im Jahr 2021 wirkt die Finanzpolitik insgesamt restriktiv, weil – nach derzeitigem Stand – zahlreiche Maßnahmen zur Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie und des Konjunkturpakets auf das Jahr 2020 beschränkt sind. Die sonstigen diskretionären Maßnahmen liefern dagegen im Jahr 2021 erneut einen expansiven Impuls, vor allem der Abbau des Solidaritätszuschlags, die deutliche Erhöhung des Kindergeldes sowie Änderungen beim Einkommensteuertarif. Im Jahr 2022 wirken die diskretionären finanzpolitischen Maßnahmen, die nicht im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie stehen, erneut leicht expansiv. Da diese Prognose unterstellt, dass weitere Corona-bedingte finanzpolitische Maßnahmen im Jahr 2022 auslaufen, wirkt die Finanzpolitik insgesamt leicht restriktiv.

Deutsche Wirtschaft nach Corona-Schock auf dem Weg in eine neue Normalität

Die Pandemie hat das deutsche Bruttoinlandsprodukt im zweiten Quartal 2020 um 9,7% schrumpfen lassen, nach einem Rückgang von 2% zu Jahresanfang (vgl. Abbildung A3). Der Einbruch ist somit deutlich stärker als der vor elf Jahren infolge der Weltfinanzkrise: Im ersten Quartal 2009 sank das Bruttoinlandsprodukt um 4,7%. Insbesondere der private Konsum, der im ersten Quartal 2009 sogar noch zugelegt hatte, ist während des Lockdowns im zweiten Quartal um 10,9% eingebrochen (nach -2,5% im ersten). Auch der Rückgang der Exporte um 20,3% ist der größte für diese Zeitreihe bisher beobachtete Wert.

Ab Mai ist die wirtschaftliche Aktivität wieder kräftig gestiegen. In diesem Monat wurden die Restriktionen zur Eindämmung der Pandemie deutlich gelockert, denn die Zahl der Neuinfektionen war stark zurückgegangen. Sie ist im Sommer allerdings langsam wieder gestiegen, auf gegenwärtig (Mitte September) etwa ein Viertel ihres Höchststandes (vgl. Abbildung 3), und die Restriktionen sind seit Mitte Juli nicht weiter gelockert worden. Die Zahl der Verstorbenen ist derweil unverändert niedrig.

Insbesondere die Einzelhandelsumsätze sind mit Öffnung der Geschäfte im Mai in die Höhe gesprungen. Trotz eines darauffolgenden leichten Rückgangs lagen Sie im Juli knapp 2% über ihrem Niveau von Jahresanfang. Nicht so weit ist die Erholung im exportorientierten Verarbeitenden Gewerbe gediehen: Die Produktion lag hier im Juli noch 11,5% unter dem Stand zu Jahresanfang, die Warenexporte lagen knapp 10% darunter.

Die Corona-Pandemie zeigt tiefe Spuren auf dem deutschen **Arbeitsmarkt**. Die Zahl der Erwerbstätigen nahm zwischen Februar und Juli 2020 um 680 000 Personen bzw. 1,5% ab. Dazu hat nicht nur der Rückgang der Selbstständigen und der ausschließlich geringfügig Beschäftigten beigetragen, sondern auch die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung hat zwischen Februar und Juni 2020 mit 383 000 Personen bzw. 1,1% deutlich abgenommen. Dabei stand einem Rückgang der sozialversicherungspflichtigen Vollzeitbeschäftigung eine Zunahme der Teilbeschäftigung gegenüber. Der Beschäftigungsrückgang wäre noch erheblich größer gewesen, wenn die Unternehmen bzw. der Staat auf die gesunkene Arbeitsnachfrage nicht durch eine erhebliche Ausweitung von Kurzarbeit reagiert hätten. So stieg die konjunkturelle Kurzarbeit von 134 000 Personen im Februar 2020 auf 6 Millionen Personen im April 2020. Im Juni 2020 waren es noch 5,4 Millionen Personen. Dies trug maßgeblich zum ausgesprochen kräftigen Rückgang des Arbeitsvolumens bei. Dieses lag im zweiten Quartal 2020 um 8,0% unter dem Stand des Vorquartals.⁶ Die registrierte Arbeitslosigkeit stieg von Februar bis August 2020 um 651 000 Personen an. Dies ist nicht nur auf den Arbeitsplatzabbau zurückzuführen, son-

⁶ Dies ist zum einen darauf zurückzuführen, dass die Zahl der Erwerbstätigen gegenüber dem Vorquartal um 1,4% zurückging. Hingegen nahm die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden je Erwerbstätigen mit 6,8% deutlich stärker ab. Dies ist vor allem auf die exorbitante Ausweitung von Kurzarbeit, den Abbau von Guthaben auf Arbeitszeitkonten sowie den Rückgang von bezahlten und unbezahlten Überstunden zurückzuführen. Vgl. *Pressemitteilung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung vom 8.9.2020*: Im zweiten Quartal fiel das Arbeitsvolumen auf das niedrigste Niveau seit der Wiedervereinigung.

dern auch auf den Rückgang von Neueinstellungen und den geringeren Einsatz arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen.⁷ Zudem wurden weniger Arbeitslose kurzzeitig wegen Arbeitsunfähigkeit oder fehlender Verfügbarkeit abgemeldet.

Bemerkenswert ist, wie stabil die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte geblieben sind. Sie übertrafen im ersten Halbjahr ihren Wert von vor einem Jahr sogar um knapp 1%, obwohl das Bruttoinlandsprodukt 4,2% tiefer lag. Die Differenz erklärt sich vor allem daraus, dass die privaten Einkommen durch die automatischen Stabilisatoren (etwa das Kurzarbeitergeld) und die expansiven fiskalpolitischen Maßnahmen wie die Zuschüsse für Soloselbstständige gestützt worden sind. Weil trotz insgesamt stabiler verfügbarer Einkommen die privaten Haushalte infolge der Restriktionen und der allgemeinen Verunsicherung ihre Konsumausgaben zurückschraubten, sprang ihre Sparquote von 11,3% im zweiten Halbjahr 2019 auf 18,2% im ersten Halbjahr 2020. Sie wird sich ab dem dritten Quartal wieder normalisieren, und die steigenden Konsumausgaben werden ein wesentlicher Treiber der wirtschaftlichen Erholung in Deutschland sein. Dabei ist unterstellt, dass ein erneuter flächendeckender Lockdown vermieden werden kann (vgl. Kasten 1). Der **private Konsum** wird auch durch zusätzliche finanzpolitische Maßnahmen gestützt: Der Familienbonus wird im Herbst in zwei Tranchen ausgezahlt, und die auf das zweite Halbjahr 2020 begrenzte Mehrwertsteuersenkung gibt einen Anreiz, Konsumausgaben vorzuziehen: Der Normal-Steuersatz ist von 19% auf 16%, der ermäßigte von 7% auf 5% reduziert. Die Verbraucherpreisstatistik für Juli zeigt, dass die Unternehmen ihre Preise je nach Branche sehr unterschiedlich an die neuen Steuersätze angepasst haben (vgl. Kasten 2). Insgesamt dürfte die Mehrwertsteuersenkung etwa zur Hälfte an die Verbraucher weitergegeben werden. Inflationsdämpfend wirkt zudem im Jahr 2020, dass die Energiepreise auch wegen des schwachen US-Dollar deutlich unter ihrem Vorjahresniveau liegen. Dagegen fallen die Kostensteigerungen etwa in der Gastronomie und im Einzelhandel, welche die Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung mit sich bringen, schwächer ins Gewicht. Alles in allem dürften die Verbraucherpreise im Jahr 2020 um nur 0,5% höher liegen als im Vorjahr. Unter diesen Voraussetzungen wird der private Konsum in der zweiten Jahreshälfte 2020 kräftig zulegen, zu Beginn des Jahres 2021, wenn die Mehrwertsteuersenkung zurückgenommen wird, allerdings vorübergehend zurückgehen (vgl. Abbildung A7).

Die **Bauinvestitionen** dürften die Konjunktur in der zweiten Jahreshälfte 2020 und im Jahr 2021 weiter stützen, denn die Finanzierungskonditionen sind weiterhin günstig und Wohnraum in Ballungszentren ist nach wie vor knapp. Für den Wirtschaftsbau lassen allerdings sinkende Auftragseingänge auf eine anhaltende Schwächephase schließen. Die **Ausrüstungsinvestitionen**, die im zweiten Quartal um 25% unter ihrem Niveau von Ende 2019 lagen, erholen sich wohl nur nach und nach; im Juli lagen die inländischen Umsätze der Investitionsgüterhersteller noch deutlich unter ihrem Niveau vom Jahresanfang. Auch hängen viele Investitionsentscheidungen von internationalen Absatzperspektiven ab, und diese sind aufgrund des weltweiten Pandemiegeschehens wohl noch eine ganze Weile getrübt. Dagegen werden die **Konsumausgaben des Staates** im laufenden Jahr aufgrund diverser Maßnahmen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie kräftig ausgeweitet. Mit dem in dieser Prognose unterstellten Auslaufen dieser Maßnahmen nimmt der Staatsverbrauch im weiteren Verlauf deutlich schwächer zu. Die recht zügige Erholung der inländischen Nachfrage führt dazu, dass die Importe Anfang 2021 wieder auf dem Niveau von Ende 2019 sind. Die Exporte werden wohl nicht vor Mitte 2022 wieder so weit sein. Alles in allem dürfte das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2020 um 5,7% sinken (vgl. Tabelle in der Zusammenfassung), nach einem Anstieg von 0,6% im Vorjahr (vgl. Kasten 3). Bereinigt um die Mehrzahl an Arbeitstagen, die 2020 anfällt, ergibt sich eine Rate von -6,1% (vgl. Tabelle A7). Für das Jahr 2021 ist mit einem Zuwachs der Produktion von 3,1% zu rechnen, für 2022 mit 2,5%. Damit wird das wirtschaftliche Aktivitätsniveau von vor der Krise erst Ende 2022 wieder erreicht, auch weil ein von der Pandemie erzwungener Strukturwandel etwa in den Wirtschaftszweigen Einzelhandel, Verkehr und Gastgewerbe

⁷ Vgl. *Statistik der Bundesagentur für Arbeit: Berichte: Blickpunkt Arbeitsmarkt – Monatsbericht zum Arbeits- und Ausbildungsmarkt*, Nürnberg, August 2020, 11 f. Besonders kräftig ging die Zahl der Personen in Maßnahmen zur beruflichen Aktivierung und beruflichen Eingliederung zurück: Diese lagen im zweiten Quartal 2020 um etwa 55 000 Personen bzw. 26,9% niedriger als im Vorquartal. Kräftige Rückgänge gab es auch bei der Förderung der beruflichen Weiterbildung (-16 000 bzw. -9,3%) und bei der Förderung abhängiger Beschäftigung (-12 000 bzw. -12,5%). Auch im Juli und August nahm bei vielen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen die Zahl der geförderten Personen weiter ab.

die Wirtschaft wohl belasten wird. Die Kapazitäten sind im Prognosezeitraum unterausgelastet, und auch das Produktionspotenzial wächst langsamer als zuvor (vgl. Kasten 4).

Kasten 2

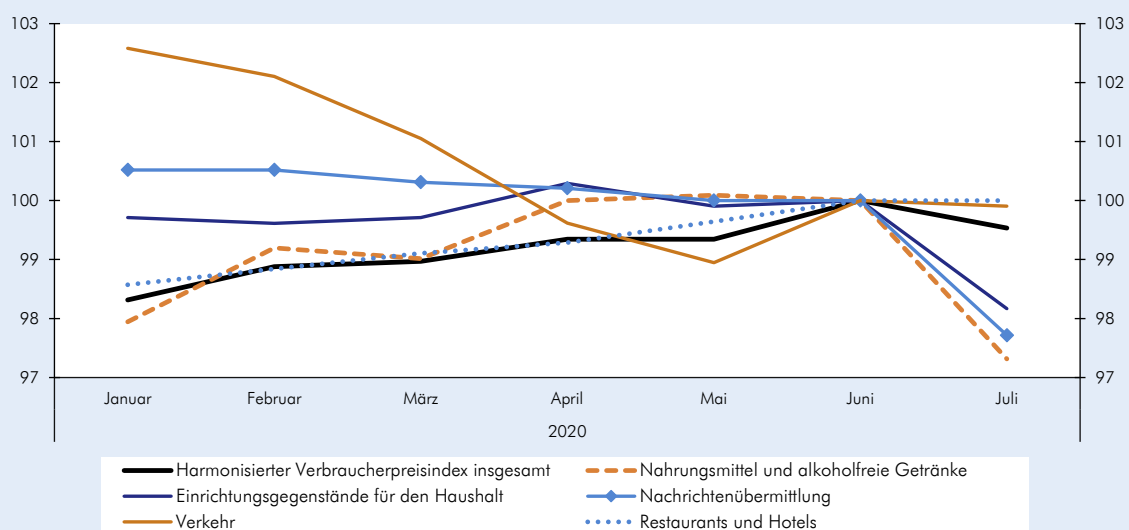
Mehrwertsteuersenkung nur teilweise an Konsumenten weitergegeben

Die Bundesregierung hat im Rahmen der Corona-Soforthilfemaßnahmen eine temporäre Mehrwertsteuersenkung von Juli 2020 bis Ende des Jahres beschlossen. Unter der Annahme, dass die Unternehmen die Mehrwertsteuersenkung über die Güterpreise vollständig an die Verbraucher weitergeben, würde die Mehrwertsteuersenkung von 19% auf 16% zu 2,5% niedrigeren Preisen und beim ermäßigten Steuersatz (von 7% auf 5%) zu 1,9% geringeren Preisen führen. Gaststätten dürfen für Speisen die Mehrwertsteuer sogar von 19% auf 5% ab Juli 2020 senken. Unter Berücksichtigung der Struktur des Warenkorbes ergibt sich für den gesamten Verbraucherpreisindex ein maximales Preissenkungspotenzial von 2,2%. Allerdings ist es den Unternehmen selbst überlassen, ob sie die Reduzierung der Mehrwertsteuer an die Konsumenten weiterreichen. Hinzu kommen andere Preiseinflussfaktoren wie Beschaffungspreise oder die jeweilige Wettbewerbssituation. Ein Beispiel dafür sind die Kraftstoffpreise an den Tankstellen. Hier gibt es einen intensiven Wettbewerb, und Änderungen der Erdölpreise werden zumeist zeitnah weitergegeben. Auch gibt es seitens der Tankstellen eine an der Nachfrage ausgerichtete sehr volatile Preisgestaltung. Für die Kraftstoffpreise konnten Montag et al. (2020) eine unvollständige Weitergabe der Mehrwertsteuersenkung im Juli 2020 zeigen: Die Weitergabe der Reduzierung der Mehrwertsteuersenkung lag zwischen 40% für E5 Benzin und mehr als 80% für Dieselmotorkraftstoff.^{K2.1}

Abbildung K2

Harmonisierter Verbraucherpreisindex und ausgewählte Preisindizes für Warenuntergruppen

Index Juni 2020 = 100



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Die Preise für Nahrungsmittel, die üblicherweise dem reduzierten Mehrwertsteuersatz unterliegen, sanken im Juli im Vergleich zum Vormonat um 2,7% und damit stärker als bei einer 1:1-Überwälzung der Steuersenkung zu erwarten gewesen wäre (vgl. Abbildung K2). Allerdings sind in den Monaten des Lock-down die Preise für Nahrungsmitteln überdurchschnittlich stark gestiegen, so dass diese trotz Mehrwertsteuersenkung noch 1,1% über den Vorjahrespreisen liegen.

^{K2.1} Montag, F.; Sagimuldina, A.; Schnitzer, M.: Are temporary value-added tax reductions passed on to consumers? Evidence from Germany's stimulus. Discussion paper, August 2020.

Im Bereich der Nachrichtenübermittlung und hier vor allem bei den Telefon- und Telefaxdienstleistungen sanken die Preise um den möglichen Überwälzungsbetrag. Die Preise beim Kauf von Fahrzeugen lagen nach der Mehrwertsteuersenkung um 1,5% niedriger als im Juni 2020 und fast gleichauf mit denen vor einem Jahr. In Bereichen, die besonders stark

von den Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie betroffen sind wie beispielsweise Pauschalreisen lagen die Preise im Juli hingegen um mehr als 16% über denen des Vormonats. Überdurchschnittlich haben auch die Preise für Personenbeförderung im Luftverkehr im Juli angezogen. Allerdings ist der internationale Luftverkehr gänzlich von der Mehrwertsteuer befreit. Auch Kaltmieten, Abwasser, Abfall und einige andere Güter aus dem Verbraucherpreisindex unterliegen nicht der Mehrwertsteuer, so dass auch hier keine Effekte zu erwarten sind. Ebenso sind Versicherungsdienstleistungen nicht betroffen.

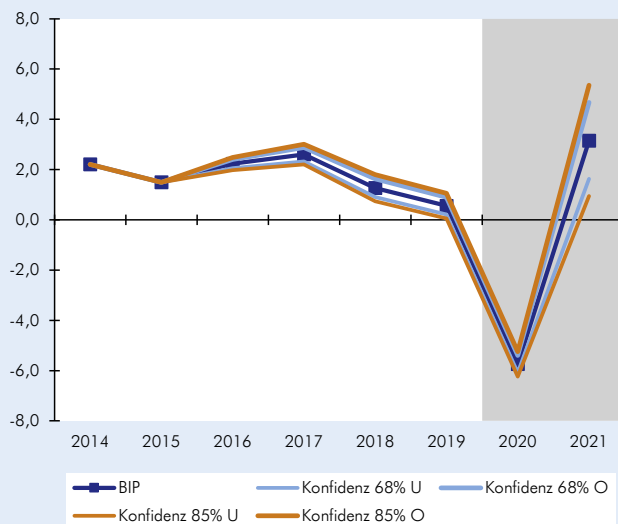
Für das Jahr 2020 reicht das 68%-Prognoseintervall für den Zuwachs des Bruttoinlandsproduktes von -6,0% bis -5,3% und für das Jahr 2021 von 1,6% bis 4,6% (vgl. Abbildung 5). Die Arbeitslosenquote steigt im Jahr

2020 auf 6,0%, nachdem diese im Jahr zuvor 5,0% betrug. Im Jahr 2021 dürfte sie bei 5,9% und im Jahr 2022 bei 5,3% liegen.

Abbildung 5

Prognoseunsicherheit¹

Veränderung gegenüber Vorjahr in %



¹ Zur Berechnung werden die Prognosefehler der Vergangenheit herangezogen und Risikoszenarien ausgeblendet, d. h. die tatsächliche Prognoseunsicherheit unter Einbeziehung extremer Risiken – wie der Coronakrise – ist höher als hier angegeben.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Für die Konjunktur liegt das **Hauptrisiko** darin, dass die Pandemie wieder außer Kontrolle gerät und in der Folge das wirtschaftliche Leben wieder eingefroren werden muss. Auch wenn es dazu zwar nicht in Deutschland aber in Frankreich und Spanien kommen sollte, wo die Infektionszahlen zurzeit besonders stark steigen, würde die Erholung in Deutschland erheblich gefährdet, denn die eng verflochtenen Volkswirtschaften können kaum unabhängig voneinander gedeihen. Ein Konjunkturrisiko, das Deutschland besonders berührt, ist die Möglichkeit, dass die Verunsicherung Unternehmen weltweit dazu bringt, Investitionsvorhaben immer weiter aufzuschieben. Davon wäre die deutsche Industrie mit ihrem Schwerpunkt auf der Produktion von Investitionsgütern für den Export besonders betroffen.

Der **gesamtstaatliche Finanzierungssaldo** wird sich im Jahr 2020 aufgrund der umfangreichen finanzpolitischen Maßnahmen von 52,5 Mrd. Euro im Jahr 2019 auf ungefähr -180 Mrd. Euro bzw. -5,4% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt verringern (vgl. Tabellen 1 und A13). Die Einnahmen des Staates dürften im laufenden Jahr um gut 5% niedriger ausfallen als im Jahr zuvor. Insbesondere die Steuereinnahmen werden aufgrund des Einbruchs der Unternehmens- und Vermögenseinkommen, der rückläufigen Bruttolöhne und -gehälter sowie der liquiditätssichernden steuerlichen Maßnahmen und steuerlicher Erleichterungen deutlich zurückgehen. Dagegen werden die gesamtstaatlichen Ausgaben um knapp 10% zunehmen. Ausschlaggebend hierfür sind die Gewährung von Hilfen an die Unternehmen, ein deutlicher Anstieg der monetären Transfers, der nicht nur auf die steigende Zahl der Arbeitslosen, die Ausweitung der Kurzarbeit und die kräftige Rentenerhöhung zum 1. Juli 2020, sondern auch auf eine Ausweitung diverser monetärer Sozialleistungen zurückzuführen ist, sowie die Ausweitung konsumtiver und investiver öffentlicher Ausgaben.

Im weiteren Verlauf dürfte das gesamtstaatliche Defizit mit dem kräftigen Anziehen der gesamtwirtschaftlichen Aktivität, dem Auslaufen der temporären steuerlichen Entlastungen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie und dem Entfall einmaliger Corona-bedingter Mehrausgaben langsam zurückgehen (vgl. Tabelle 2).

Tabelle 1**Finanzpolitische Maßnahmen im Zuge der Corona-Pandemie**

Belastungen (-) und Entlastungen (+) des gesamtstaatlichen Haushalts in Mrd. Euro gegenüber Vorjahr

	2020	2021	2022
Maßnahmen, die den Finanzierungssaldo unmittelbar berühren			
<i>Bund</i>			
Staatliche Beschaffung von Schutzprodukten und Atemgeräten	-7,8	7,8	0,0
Krankenhausesentlastungsgesetz	-3,0	3,0	0,0
Solidaritätsfonds: Zuschüsse für Soloselbstständige und Kleinbetriebe	-25,0	25,0	0,0
Sozialschutzpaket I	-11,0	5,0	5,0
Unterstützung des Homeschooling	-0,5	0,5	0,0
Zusätzliche Mittel für die Erprobung und Herstellung eines Impfstoffs,	-0,5	-0,25	0,75
Lohnfortzahlung für Eltern wegen privater Kinderbetreuung/Erhöhung Kinderkrankengeldtage	-5,0	4,0	1,0
Eigenkapitalerhöhung Deutsche Bahn	-1,0	0,0	0,0
Programm ‚Neustart Kultur‘	-1,0	1,0	0,0
Förderrichtlinie ‚Ausbildungsplätze sichern‘	-0,4	0,3	0,1
Zusätzliche Mittel für Kinder- und Jugendhospize	-0,1	0,1	0,0
Zweites Gesetz zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite	-0,1	0,0	0,0
<u>Konjunkturpaket:</u>			
investive Maßnahmen	-2,6	-7,7	2,7
direkte Förderungen und Zuschüsse	-7,3	-9,9	9,2
steuerliche Maßnahmen	-23,7	10,4	7,6
Maßnahmen im Gesundheitswesen	-1,7	-1,3	-0,5
Überbrückungshilfen	-25,0	25,0	0,0
<i>Nachrichtlich:</i>			
Zuweisungen des Bundes an Länder und Kommunen	-22,0	7,2	8,0
<i>Länder</i>			
Globale Mehrausgaben	-41,6	41,6	0,0
Aufstockung Pflegebonus	-0,5	0,5	0,0
<i>Bund, Länder und Gemeinden</i>			
Steuerliche Liquiditätshilfen	-20,2	15,3	2,4
<i>Sozialversicherungen</i>			
Pflegebonus	-1,0	1,0	0,0
Zweites Gesetz zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite	-1,1	1,0	0,1
Sozialschutzpaket II	-2,0	0,0	1,5
Krankenhausesentlastungsgesetz	-1,2	-1,2	-1,0
Erleichterter Zugang zum Kurzarbeitergeld	-4,5	0,0	4,5
Summe	-162,8	96,2	33,4
In Relation zum Bruttoinlandsprodukt in %	-4,9	2,8	0,9
Kredit- und Beteiligungsprogramme, Bürgschaften			
<i>Bund</i>			
Kredit-Bazooka	-553,0		
Wirtschaftsstabilisierungsfonds: Kredite	-100,0		
Wirtschaftsstabilisierungsfonds: Garantien und Bürgschaften	-400,0		
Wirtschaftsstabilisierungsfonds: Beteiligungen	-100,0		
100% Kreditgarantie für KfW-Schnellkredit	-100,0		
Garantien für Entschädigungszahlungen der Kreditversicherer	-30,0		
Maßnahmenpaket für Start-Ups und kleine Mittelständler	-2,0		
Erweiterung der Exportkreditgarantien	-12,0		
KfW-Kredite für Studierende	-0,8		
<i>Länder</i>			
Kredite und Bürgschaften	-112,0		

Quellen: Finanzministerien der Länder; Bundesministerium der Finanzen; Bundesministerium für Gesundheit; Berechnungen des IWH.

Würden die europäischen Fiskalregeln auch in der gegenwärtigen Lage gelten, dürfte – in Abhängigkeit von der jeweiligen konjunkturellen Lage – das gesamtstaatliche Haushaltsdefizit im laufenden Jahr höchstens bei ungefähr 3% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt, im kommenden Jahr bei ungefähr 2% und im Jahr 2022 bei ungefähr einem Prozent liegen. Diese Grenzen werden im Prognosezeitraum deutlich überschritten.⁸

Tabelle 2**Finanzierungssaldo, struktureller Finanzierungssaldo und struktureller Primärsaldo des Staates**

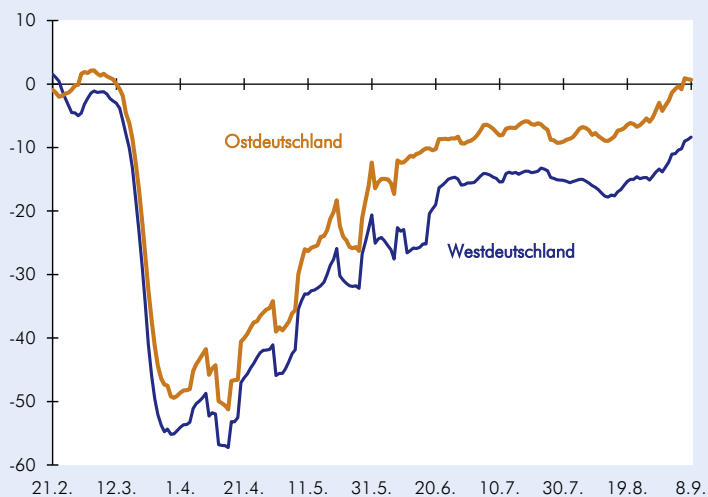
In Mrd. Euro

	2019	2020	2021	2022
Gesamtstaatlicher Finanzierungssaldo	52,5	-179,4	-141,2	-116,9
– Konjunkturkomponente ^a	24,3	-89,9	-51,4	-20,4
= Konjunkturbereinigter Finanzierungssaldo	28,1	-89,5	-89,8	-96,5
– Einmaleffekte ^b	-0,2	-133,2	-14,1	15,3
= Struktureller Finanzierungssaldo	28,4	43,7	-75,7	-111,7
+ Zinsausgaben des Staates	27,5	23,2	21,2	19,6
= Struktureller Primärsaldo	55,9	66,9	-54,6	-92,1
Veränderung des strukturellen Primärsaldos gegenüber dem Vorjahr	-8,3	11,1	-121,5	-37,5
<i>Nachrichtlich:</i>	<i>In Relation zum Bruttoinlandsprodukt in Prozent</i>			
Struktureller Finanzierungssaldo	0,8	1,3	-2,2	-3,1
Struktureller Primärsaldo	1,6	2,0	-1,6	-2,6
Veränderung des strukturellen Primärsaldos gegenüber dem Vorjahr	-0,3	0,4	-3,6	-1,0

^a Berechnet mit einer Budgetsemielastizität von 0,504. – ^b Abwicklung der HSH Nordbank, Gerichtsurteile, Bußgeldzahlungen im Zusammenhang mit manipulierten Abgaswerten, finanzpolitische Maßnahmen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Schätzungen des IWH.

Für **Ostdeutschland** zeichnet sich ab, dass der Einbruch der Wirtschaft infolge der Corona-Pandemie schwächer ausfällt als in Deutschland insgesamt. Darauf deutet hin, dass die Mobilität der Menschen während der Pandemie im Osten weniger deutlich zurückgegangen ist als im Westen (vgl. Abbildung 6), was mit den niedrigeren Infektionszahlen zusammenhängen dürfte. Auf eine mildere Krise deuten auch die Umsätze im Verarbeitenden Gewerbe in der ersten Jahreshälfte sowie jüngste Auftragseingänge und Stimmungsindikatoren hin. Hier könnte eine Rolle spielen, dass ostdeutsche Unternehmen stärker als Unternehmen im Westen Deutschlands für den Binnenmarkt produzieren, welcher derzeit (wie generell in Abschwüngen) stabiler ist als die Exportmärkte. Zudem haben die öffentlichen Dienstleister, deren Produktion in diesem Jahr recht stabil

Abbildung 6**Mobilität in Ost- und Westdeutschland im Jahresverlauf 2020¹**

¹ Google Mobilitätsindex: Mittelwert aus "Workplaces", "Transit stations" und "Retail and Recreation"; Median 3.1.2020 bis 6.2.2020 = 100; Ost- und Westdeutschland: Durchschnitt der Bundesländer gewichtet mit der Einwohnerzahl von 2019.

Quellen: Google COVID-19 Community Mobility Report; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

⁸ Hierzu ist allerdings anzumerken, dass der Großteil der im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie ergriffenen expansiven finanzpolitischen Maßnahmen als Einmaleffekte zu klassifizieren ist, weil sie temporär angelegt sind und die Einnahmen bzw. Ausgaben des Staates nicht dauerhaft mindern bzw. erhöhen. Aufgrund der stark negativen Konjunkturkomponente und der Klassifizierung eines Großteils der vor allem auf das Jahr 2020 ausgerichteten konjunktur-stabilisierenden Maßnahmen als Einmaleffekte fällt der ausgewiesene strukturelle Finanzierungssaldo in diesem Jahr deutlich höher aus als der tatsächliche.

bleiben dürfte, im Osten einen Anteil von 25% an der gesamten Bruttowertschöpfung, in Deutschland insgesamt liegt der Anteil dagegen nur bei 18%.

Alles in allem dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion in Ostdeutschland im Jahr 2020 um 3,0% sinken (Deutschland insgesamt -5,7%). Für das Jahr 2021 wird mit einer Expansion von 2,9% und für 2022 mit 2,2% gerechnet. Die Arbeitslosigkeit steigt von 6,4% im Jahr 2019 auf 7,4% in diesem Jahr und 7,3 im Jahr 2021. Im Jahr 2022 liegt sie nach vorliegender Prognose bei 6,7%.

Kasten 3

Zur jüngsten Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

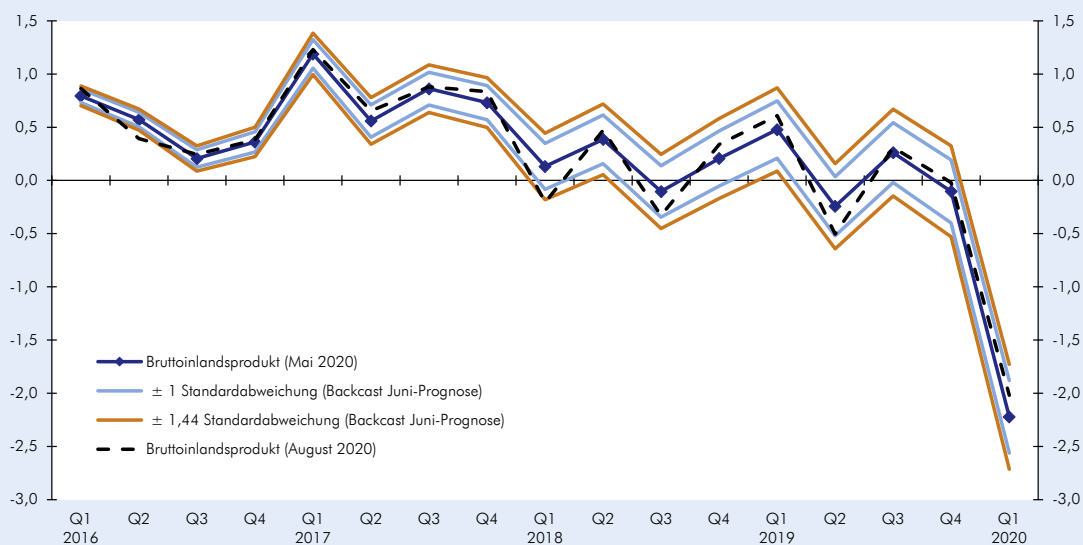
Das Statistische Bundesamt hat das Zahlenwerk der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) im August wie üblich für die vergangenen vier Berichtsjahre turnusmäßig revidiert. Darüber hinaus gab es in verschiedenen Rechenbereichen auch einen Änderungsbedarf für das Jahr 2015, z.B. bei den Wohnungsmieten und den Deflatoren im Bereich Gesundheitswesen. Durch Verkettung ergaben sich somit Änderungen rückwirkend bis zum Jahr 1991. Gemessen an vorherigen Revisionen fielen die jüngsten Korrekturen für den Zeitraum 2016 bis 2019 für das jährliche Bruttoinlandsprodukt (BIP) mit teilweise über 0,2 Prozentpunkten vergleichsweise hoch aus.

Die Revision der vierteljährlichen Expansionsrate des Bruttoinlandsprodukts wurde für die meisten Quartale im Vergleich zum bisherigen Datenstand in einem Umfang revidiert, der innerhalb der 68%-Revisionsspanne liegt (vgl. Abbildung K3). Nur für das erste Quartal 2018 wurde die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts deutlich stärker nach unten revidiert als erwartet.

Abbildung K3

Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland

Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf, Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Die Abwärtskorrektur des Zuwachses im Jahr 2018 um 0,2 Prozentpunkte ist verwendungsseitig maßgeblich auf eine geringere Expansionsrate der Binnennachfrage zurückzuführen. Die Jahreszuwachsrate für 2018 liegt nun bei 1,3% (zuvor 1,5%). Darüber hinaus wird für einige Jahre die Jahresarbeitszeit geringer ausgewiesen als bisher.

Überprüfung der Prognose für das erste Halbjahr 2020 und Anpassung der Prognose für 2020

Das IWH hat in seiner Sommerprognose vom 16. Juni 2020 einen Rückgang des Bruttoinlandsproduktes im zweiten Quartal um 8,9% erwartet.⁹ Nach den vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Ergebnissen ist die gesamtwirtschaftliche Produktion im zweiten Quartal 2020 mit 9,7% etwas stärker zurückgegangen, wenngleich nicht ganz so stark wie in der Schnellmeldung am 30. Juli 2020 ursprünglich berichtet (-10,1%).

Durch die ergriffenen Maßnahmen und Einschränkungen im Zuge der Corona-Pandemie konsumierten die privaten Haushalte im zweiten Quartal 2020 nochmals deutlich weniger als im Vorquartal (-10,9%). Die Ausrüstungsinvestitionen in Maschinen, Geräte und Fahrzeuge gingen sogar fast um 20% zurück. Der private Konsum wurde um 0,8 Prozentpunkte und die Ausrüstungsinvestitionen um 7,6 Prozentpunkte überschätzt. Auch die Bauinvestitionen konnten die Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes nicht stützen und wurden deutlich überschätzt (um 2,2 Prozentpunkte). Während die Entwicklung der Exporte gut getroffen wurde, sind die Importe deutlich überschätzt worden (um 6,4 Prozentpunkte).

Auf der Entstehungsseite war im zweiten Quartal 2020 gegenüber dem Vorquartal ein deutlicher Rückgang in allen Wirtschaftsbereichen zu verzeichnen. Besonders stark war der Einbruch im Verarbeitenden Gewerbe (-16,1%) und im Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr (-12,4%), dabei insbesondere im Gastgewerbe mit -59%. Aber auch in anderen Dienstleistungssektoren war ein Rückgang mit zweistelligen Raten zu verzeichnen (Unternehmensdienstleister: -14,3%; Sonstige Dienstleister: -17,6%). Insgesamt wurde der Rückgang der preisbereinigten Bruttowertschöpfung um 1 Prozentpunkt unterschätzt.

Tabelle 3

Prognose und Prognosekorrektur für das Jahr 2020

Veränderung gegenüber Vorjahr in % bzw. Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten

	IWH Sommerprognose 2020		IWH Herbstprognose 2020		Prognosekorrektur für 2020	
	Prognosewerte für 2020		Prognosewerte für 2020		Differenz der Wachstumsraten bzw. -beiträge in Prozentpunkten	
	Veränd. gg. Vorjahr in %	Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten	Veränd. gg. Vorjahr in %	Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten	Spalte (3) abzüglich Spalte (1)	Spalte (4) abzüglich Spalte (2)
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)
Inländische Verwendung	-1,3	-1,3	-3,5	-3,3	-2,2	-2,0
Privater Konsum	-5,1	-2,7	-5,9	-3,1	-0,8	-0,4
Staatlicher Konsum	1,9	0,4	3,3	0,7	1,4	0,3
Bauten	3,3	0,4	3,6	0,4	0,3	0,0
Ausrüstungen	-12,2	-0,9	-16,9	-1,2	-4,7	-0,3
Sonstige Anlageinvestitionen	1,6	0,1	-1,5	-0,1	-3,1	-0,2
Vorratsveränderungen	-	1,5	-	0,0	-	-1,5
Außenbeitrag	-	-3,8	-	-2,4	-	1,4
Ausfuhr	-11,8	-5,6	-10,9	-5,1	0,9	0,5
Einfuhr	-4,2	1,7	-6,6	2,7	-2,4	1,0
Bruttoinlandsprodukt	-5,1	-5,1	-5,7	-5,7	-0,6	-0,6
<i>Nachrichtlich:</i>						
Bruttoinlandsprodukt USA	-5,2	-	-4,2	-	1,0	-
Bruttoinlandsprodukt Euroraum	-8,0	-	-8,0	-	0,0	-
Welthandel	-8,5	-	-8,7	-	-0,2	-
Verbraucherpreise	0,4	-	0,5	-	0,1	-

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Prognosen des IWH.

Nach der hier vorliegenden Prognose dürfte das deutsche Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2020 um 5,7% zurückgehen (vgl. Tabelle 3). Die Prognosekorrektur um 0,6 Prozentpunkte für das Gesamtjahr ergibt sich aus der Datenrevision für das erste Quartal durch das Statistische Bundesamt (0,2 Prozentpunkte), dem Prognose-

⁹ Vgl. *Arbeitskreis Konjunktur des IWH: Wirtschaft stellt sich auf Leben mit dem Virus ein*, in: IWH, Konjunktur aktuell, Jg. 8 (2), 2020.

fehler für das zweite Quartal (–0,6 Prozentpunkte) sowie der Prognoseanpassung für das zweite Halbjahr (–0,2 Prozentpunkte). Weil die Importe viel stärker eingebrochen sind als erwartet, ist der Beitrag des Außenhandels am Rückgang des Bruttoinlandsprodukts deutlich (um 1,4 Prozentpunkte) geringer als im Sommer prognostiziert, um 2,0 Prozentpunkte höher ist dagegen der Beitrag der inländischen Verwendung.

Kasten 4:

Zur Schätzung des Produktionspotenzials

Das IWH greift zur Bestimmung des Produktionspotenzials auf die Methode zurück, die auch von der EU-Kommission im Rahmen der regelmäßigen Haushaltsüberwachung angewendet wird.^{K4.1} Die Coronapandemie führt auch diesbezüglich zu einer erhöhten Unsicherheit, da die langfristigen Folgen für das Potenzialwachstum zum jetzigen Zeitpunkt nur schwer abzuschätzen sind. Unter der Annahme, dass der gegenwärtige Rückgang der wirtschaftlichen Aktivität in Folge der Pandemie überwiegend eine temporäre Unterauslastung der Produktionskapazitäten darstellt, darf von einer geringen Auswirkung der Pandemie auf das Produktionspotenzial ausgegangen werden. Sollte es jedoch zu einer länger andauernden Rezession und strukturellen Veränderungen beim Einsatz der Produktionsfaktoren kommen, so ist ein nachhaltig gedämpftes Produktionspotenzial zu erwarten. Die EU-Kommission geht in ihrer Frühjahrsprognose vom Mai 2020 von einem weitgehend temporären Effekt der Pandemie und einer relativ schnellen wirtschaftlichen Erholung aus.^{K4.2} Entsprechend dieser Annahme sind von der Kommission geringfügige Änderungen an der Methode vorgenommen worden: Zum einen wird bei der Zerlegung der totalen Faktorproduktivität (TFP) in eine Trend- und eine zyklische Komponente der zu erwartende starke Rückgang der Kapazitätsauslastung im laufenden Jahr methodisch berücksichtigt. Zum anderen wird durch eine Anpassung des Fortschreibungsmodells verhindert, dass sich der temporär starke Rückgang der durchschnittlichen Arbeitszeit im Jahr 2020 in der Projektion der Trendarbeitszeit niederschlägt.

Tabelle K4

Produktionspotenzial und seine Determinanten nach EU-Methode

Jahresdurchschnittliche Veränderung in Prozent^a

	1996-2019 ^b		1996-2019		2019-2025	
Produktionspotenzial	1,4		1,3		0,6	
Kapitalstock	1,6	(0,5)	1,6	(0,5)	1,2	(0,4)
Solow-Residuum	0,6	(0,6)	0,6	(0,6)	0,5	(0,5)
Arbeitsvolumen	0,4	(0,2)	0,3	(0,2)	–0,4	(–0,3)
Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter	–0,1		–0,1		–0,1	
Partizipationsquote	0,6		0,5		0,1	
Erwerbsquote	0,3		0,2		0,0	
Durchschnittliche Arbeitszeit	–0,4		–0,4		–0,4	
<i>Nachrichtlich:</i>						
Arbeitsproduktivität	1,0		1,0		1,0	

^a Differenzen in den aggregierten Werten ergeben sich durch Rundung. In Klammern: Wachstumsbeiträge. – ^b Tatsächliche Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und seiner Determinanten.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Projektionen des IWH.

Diese Änderungen stehen im Einklang mit der dieser Prognose zu Grunde liegenden Annahme einer kurzfristig beginnenden Erholung und werden daher übernommen. Unter Berücksichtigung der genannten Änderungen ergibt sich für den Projektionszeitraum (2020 bis 2025) ein jahresdurchschnittlicher Zuwachs des Produktionspotenzials von 0,6% (vgl. Tabelle K4).

^{K4.1} Vgl. Havik, L.; McMorrow, K.; Orlandi, F.; Planas, C.; Raciborski, R.; Roeger, W.; Rossi, A.; Thum-Thysen, A.; Vandermeulen, V.: The Production Function Methodology for Calculating Potential Growth Rates & Output Gaps, European Economy, Economic Papers 535, Brüssel 2014.

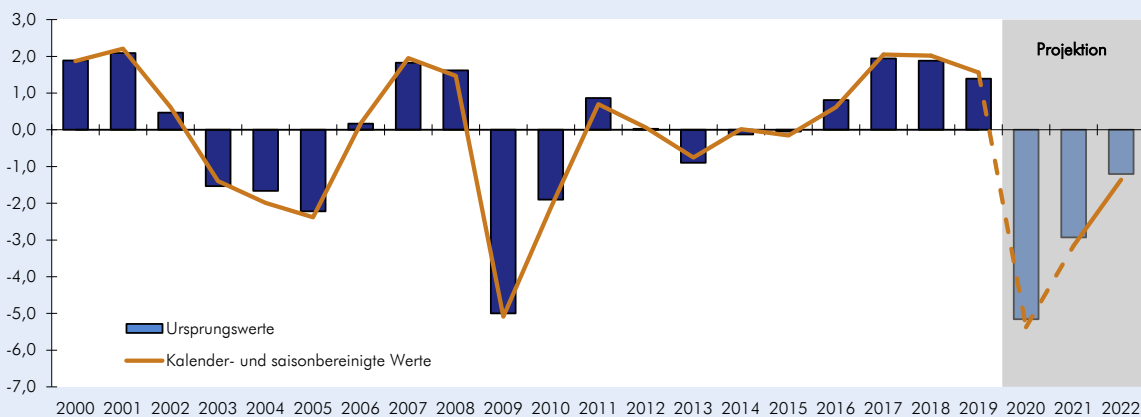
^{K4.2} Vgl. European Commission: [European Economic Forecast Spring 2020](#), Institutional Papers 125, Brüssel 2020.

Das potenzielle Arbeitsvolumen wird im Laufe des Projektionszeitraums deutlich und mit einem abwärts gerichteten Trend zurückgehen. Die jährliche Veränderungsrate sinkt von $-0,1\%$ im Jahr 2020 auf $-0,7\%$ im Jahr 2025. Damit geht vom Arbeitsvolumen im Projektionszeitraum ein Wachstumsbeitrag von $-0,3$ Prozentpunkten zum Potenzialwachstum aus. Für den starken Rückgang sind vor allem die Entwicklung der Bevölkerung und die Arbeitszeit je Erwerbstätigen bestimmend: Entgegen früherer Erwartung kann der alterungsbedingte Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15-74 Jahre) nicht weiterhin durch einen hohen Nettowanderungssaldo kompensiert werden.

Ausschlaggebend hierfür ist das durch die Corona-Pandemie nahezu zum Erliegen gekommene Wanderungsgeschehen. Es ist zwar davon auszugehen, dass ein Teil der ausgebliebenen Wanderung in der zweiten Jahreshälfte nachgeholt wird. Insgesamt wird der Wanderungssaldo jedoch in diesem Jahr mit 185 000 Personen um 160 000 Personen niedriger liegen als noch in der aktuellen koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamts (G2-L2-W2) angenommen. Auch in den Folgejahren ist von einem im Vergleich zur Bevölkerungsvorausberechnung schwächeren Nettowanderungssaldo von durchschnittlich 240 000 Personen auszugehen. Insgesamt wird damit ein Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter von 62,3 Millionen Personen im Jahr 2020 auf 62,0 Millionen Personen im Jahr 2025 erwartet. Der Rückgang der trendmäßigen Arbeitszeit je Erwerbstätigen wird sich mit einer jahresdurchschnittlichen Rate von $-0,4\%$ im Projektionszeitraum abgeschwächt fortsetzen. Die trendmäßige Partizipationsquote wird im gesamten Projektionszeitraum bei knapp 75% verharren. Die strukturelle Erwerbslosenquote (NAWRU) wird im Jahr 2025 mit 3,3% geringfügig höher liegen als im Jahr 2020 (3,2%).

Abbildung K4
Produktionslücke

In Relation zum Produktionspotenzial in %



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Projektionen des IWH.

Der Kapitalstock wird der Projektion zufolge um durchschnittlich 1,2% pro Jahr ausgeweitet werden und damit 0,4 Prozentpunkte zum Potenzialwachstum beitragen. Der jahresdurchschnittliche Zuwachs der trendmäßigen TFP wird im Projektionszeitraum 0,5% betragen. Hierbei wird wie auch bei den zuvor beschriebenen Bestimmungsfaktoren des Produktionspotenzials davon ausgegangen, dass es keinen durch die Corona-Pandemie bedingten Bruch in der Trendfortschreibung gibt. Auf Basis der Schätzung des Produktionspotenzials und der Prognose des Bruttoinlandsproduktes ergibt sich damit für dieses Jahr eine Produktionslücke von $-5,2\%$. In den Jahren 2021 und 2022 verringert sich die Lücke auf $-2,9\%$ bzw. $-1,2\%$ (vgl. Abbildung K4).

Anhang

Tabelle A1

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der Welt

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt ¹				Verbraucherpreise ¹				Arbeitslosenquote ²			
		Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %								in %			
		2019	2020	2021	2022	2019	2020	2021	2022	2019	2020	2021	2022
Europa	29,6	1,5	-7,2	4,6	2,8	2,1	1,3	1,6	1,8				
EU 27	21,1	1,5	-7,5	4,2	2,9	1,4	0,7	1,1	1,3	6,8	7,3	7,6	6,9
Großbritannien	3,8	1,5	-10,5	7,5	3,4	1,8	0,9	1,5	1,7	3,8	5,6	6,5	5,5
Schweiz	0,9	0,9	-4,8	3,7	1,6	0,4	-0,7	0,3	0,4	4,4	4,9	4,7	4,5
Norwegen	0,6	1,2	-2,5	4,0	1,9	2,2	1,2	2,0	2,0	3,7	4,6	4,4	4,0
Russland	2,2	1,3	-3,9	2,6	1,2	4,5	3,5	3,8	3,7				
Türkei	1,0	0,9	-2,4	5,7	3,7	15,2	11,7	10,0	8,0				
Amerika	35,5	2,0	-4,9	4,3	2,7								
USA	27,3	2,2	-4,2	3,8	2,6	1,8	1,3	2,1	2,0	3,7	8,3	6,0	4,6
Kanada	2,3	1,6	-6,6	7,1	2,5	1,9	0,9	1,6	2,0	5,7	9,6	8,0	6,5
Lateinamerika ³	5,9	0,6	-7,7	5,6	2,9								
Asien	34,9	4,2	-1,9	6,8	4,3								
Japan	6,6	0,7	-5,6	2,5	2,0	0,5	0,1	0,2	0,3	2,4	2,9	2,9	2,7
China ohne Hongkong	17,7	6,1	1,0	8,0	5,0								
Südkorea	2,3	2,0	-1,1	3,5	3,3	0,4	0,6	1,0	1,5	3,8	3,9	3,8	3,8
Indien	3,6	4,2	-8,9	12,8	6,3								
Ostasien ohne China ⁴	4,7	3,2	-2,6	5,2	3,5								
Insgesamt ⁵	100,0	2,6	-4,5	5,3	3,3								
fortgeschrittene Volkswirtschaften ⁶	66,6	1,8	-5,7	4,1	2,7	1,5	0,9	1,5	1,6	4,8	6,7	6,2	5,4
Schwellenländer ⁷	33,4	4,3	-2,3	7,5	4,4								
<i>nachrichtlich:</i>													
Exportgewichtet ⁸	-	2,2	-5,8	4,8	3,1								
gewichtet nach Kaufkraftparitäten ⁹	-	3,0	-4,2	6,0	3,6								
Welthandel ¹⁰	-	-0,3	-8,7	5,9	3,3								

¹ Für Ländergruppen: Gewichteter Durchschnitt der Länder. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2018 in US-Dollar.

² Für Ländergruppen: Gewichteter Durchschnitt der Länder. Gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 2018.

³ Brasilien, Mexiko, Argentinien, Peru, Kolumbien, Chile.

⁴ Indonesien, Taiwan (Provinz Chinas), Thailand, Malaysia, Singapur, Philippinen, Hongkong (Sonderverwaltungszone Chinas).

⁵ Summe der aufgeführten Ländergruppen. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2018 in US-Dollar.

⁶ EU 27, Großbritannien, Schweiz, Norwegen, USA, Kanada, Japan, Korea, Taiwan, Hongkong, Singapur.

⁷ Russland, China ohne Hongkong, Indien, Indonesien, Thailand, Malaysia, Philippinen, Lateinamerika.

⁸ Summe der aufgeführten Länder. Gewichtet mit den Anteilen an der deutschen Ausfuhr 2018.

⁹ Kaufkraftparitäten aus: IMF, World Economic Outlook, Oktober 2019.

¹⁰ Realer Güterhandel. Wert für 2019 von CPB.

Quellen: IWF; OECD; CPB; ab 2020: Prognose des IWH.

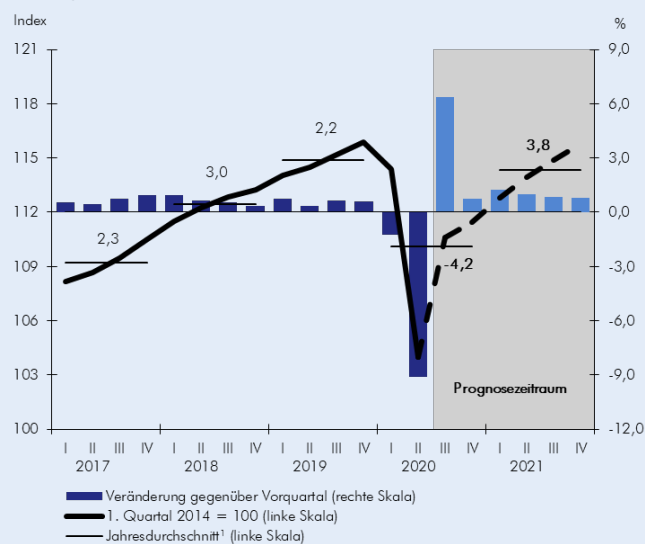
Tabelle A2
Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in den USA

	2019	2020	2021	2022
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
reales Bruttoinlandsprodukt	2,2	-4,2	3,8	2,6
privater Konsum	2,4	-4,7	3,8	2,4
Staatskonsum und -investitionen	2,3	2,3	1,1	0,4
private Bruttoanlageinvestitionen	1,9	-5,6	4,5	3,9
inländische Verwendung	2,3	-4,2	3,9	2,3
Exporte	-0,1	-9,9	13,4	5,8
Importe	1,1	-10,8	11,2	4,5
Außenbeitrag ¹	-0,2	-0,1	0,1	-0,3
Verbraucherpreise	2,4	1,3	2,1	2,0
in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts				
Budgetsaldo ²	-5,8	-14,8	-6,6	-3,0
Leistungsbilanzsaldo	-2,2	-1,9	-1,8	-1,8
in % der Erwerbspersonen				
Arbeitslosenquote	3,7	8,3	6,0	4,6

¹ Wachstumsbeitrag. – ² Gesamtstaat (Bund plus Bundesstaaten und Gemeinden).

Quellen: Bureau of Economic Analysis; Berechnungen des IWH; 2020 bis 2022: Prognose des IWH.

Abbildung A1
Reales Bruttoinlandsprodukt in den USA
 saisonbereinigter Verlauf



¹ Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Bureau of Economic Analysis; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 3. Quartal 2020: Prognose des IWH.

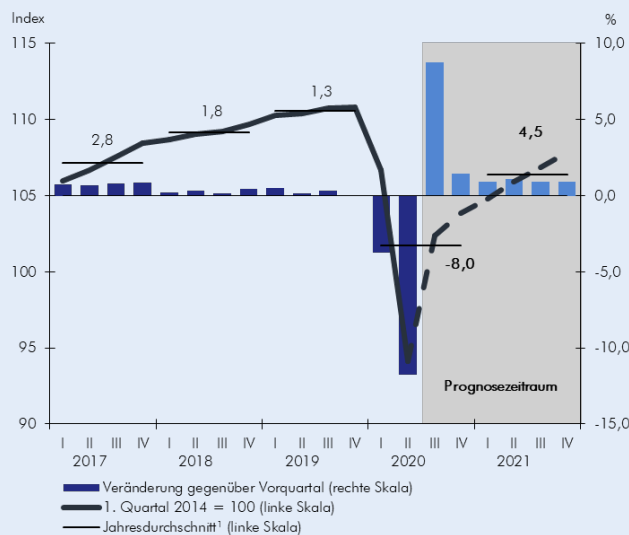
Tabelle A3
Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung im Euroraum

	2019	2020	2021	2022
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
reales Bruttoinlandsprodukt	1,3	-8,0	4,5	3,0
privater Konsum	1,3	-8,2	5,5	3,2
öffentlicher Konsum	1,8	-0,2	3,3	1,7
Bruttoanlageinvestitionen	5,9	-10,8	5,8	6,3
inländische Verwendung	1,9	-7,1	5,1	3,5
Exporte ¹	2,5	-12,0	6,4	5,2
Importe ¹	4,0	-10,3	7,6	6,4
Außenbeitrag ²	-0,5	-0,6	-0,2	-0,2
Verbraucherpreise ³	1,3	0,5	1,0	1,2
% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt				
Budgetsaldo ⁴	-0,6	-8,8	-5,0	-3,0
Leistungsbilanzsaldo	2,7	2,1	2,1	1,9
in % der Erwerbspersonen				
Arbeitslosenquote ⁵	7,6	8,1	8,5	7,7

¹ Einschließlich Intrahandel. – ² Wachstumsbeitrag. – ³ Harmonisierter Verbraucherpreisindex. – ⁴ Gesamtstaatlich. – ⁵ Standardisiert.

Quellen: Eurostat; Europäische Kommission; ILO; Berechnungen des IWH; 2020 bis 2022: Prognose des IWH.

Abbildung A2
Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum
saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



¹ Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Eurostat; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 3. Quartal 2020: Prognose des IWH.

Tabelle A4**Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in Europa**

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt ¹				Verbraucherpreise ²				Arbeitslosenquote ³			
		Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %								in %			
		2019	2020	2021	2022	2019	2020	2021	2022	2019	2020	2021	2022
Deutschland	24,8	0,6	-6,1	3,1	2,5	1,4	0,5	1,0	1,2	3,2	4,2	4,0	3,3
Frankreich	17,5	1,5	-9,8	6,0	3,3	1,3	0,7	1,1	1,3	8,5	8,0	8,9	8,2
Italien	13,0	0,3	-10,3	4,6	2,6	0,7	0,3	0,8	1,1	10,0	10,0	11,5	10,6
Spanien	9,0	2,0	-12,4	6,8	4,2	0,8	-0,3	0,5	0,9	14,1	15,4	15,1	14,1
Niederlande	5,7	1,6	-4,4	3,3	2,5	2,7	1,3	1,7	1,8	3,4	4,0	4,8	4,0
Belgien	3,3	1,4	-8,2	4,5	2,8	1,3	0,7	1,3	1,5	5,4	5,4	5,5	5,3
Österreich	2,9	1,5	-5,8	4,3	2,2	1,5	1,4	1,5	1,6	4,5	5,0	5,1	5,0
Irland	2,4	5,9	-1,3	3,7	3,8	0,9	-0,2	0,3	1,3	5,0	5,0	5,5	5,0
Finnland	1,7	1,1	-4,1	1,2	1,6	1,1	0,4	1,0	1,2	6,7	7,6	7,9	7,5
Portugal	1,5	2,2	-9,8	3,9	3,3	0,3	0,0	0,4	1,0	6,6	7,3	7,6	6,6
Griechenland	1,4	1,9	-8,1	1,5	2,2	0,5	-1,1	-0,3	0,5	17,3	16,9	17,2	16,9
Slowakei	0,7	2,4	-6,2	5,5	3,8	2,8	1,9	1,3	2,0	5,8	6,6	7,0	5,9
Luxemburg	0,4	2,3	-5,1	2,8	3,4	1,6	0,2	1,4	1,8	5,6	7,0	7,0	6,7
Slowenien	0,3	2,4	-7,2	5,1	4,1	1,7	-0,1	0,9	1,6	4,5	4,7	4,3	4,0
Litauen	0,3	3,9	-1,7	3,0	4,0	2,2	1,2	1,0	1,5	6,3	8,1	7,8	6,8
Lettland	0,2	2,2	-4,1	4,1	3,4	2,8	0,2	0,8	1,7	6,3	8,4	8,6	7,9
Estland	0,2	4,9	-2,3	4,6	3,5	2,3	-0,5	0,6	1,5	4,4	7,0	6,4	5,5
Zypern	0,2	3,2	-5,3	3,5	3,2	0,6	-1,2	-0,3	1,2	7,1	6,9	6,5	6,2
Malta	0,1	5,0	-8,8	2,6	4,7	1,5	0,9	1,3	1,6	3,6	4,2	4,5	4,4
Euroraum insgesamt	85,8	1,3	-8,0	4,5	3,0	1,3	0,5	1,0	1,2	7,6	8,1	8,5	7,7
Euroraum ohne Deutschland	60,9	1,6	-8,8	5,0	3,1	1,2	0,5	0,9	1,3	9,2	8,8	9,5	8,8
Polen	3,7	4,2	-3,2	3,8	3,8	2,1	3,5	2,5	2,2	3,3	3,2	3,1	3,0
Schweden	3,5	1,3	-4,4	1,6	2,4	1,7	0,7	1,0	1,5	6,8	8,5	7,8	7,4
Dänemark	2,2	2,3	-4,4	2,1	1,7	0,7	0,3	1,0	1,2	5,1	5,5	5,0	4,6
Tschechien	1,5	2,3	-5,1	4,2	2,5	2,6	3,2	2,7	2,5	2,0	2,7	3,3	3,2
Rumänien	1,5	4,1	-4,2	3,3	3,7	3,9	2,4	2,3	2,4	3,9	5,1	5,5	5,0
Ungarn	1,0	4,9	-6,0	3,9	3,6	3,4	3,5	3,4	3,3	3,5	4,5	5,1	4,5
Bulgarien	0,4	3,4	-4,4	1,2	2,5	2,5	1,0	0,5	2,0	4,2	4,4	4,1	3,8
Kroatien	0,4	3,0	-6,9	3,2	2,8	0,8	0,0	0,8	1,1	6,7	8,0	7,9	7,2
MOE-Länder ⁴	10,3	3,7	-4,4	3,8	3,5	2,6	2,6	2,2	2,3	3,8	4,4	4,6	4,2
EU 27 ⁵	100,0	1,5	-7,5	4,2	2,9	1,4	0,7	1,1	1,3	6,8	7,3	7,6	6,9

¹ Die Zuwachsraten sind, außer für die Slowakei, um Arbeitstageeffekte bereinigt.² Harmonisierter Verbraucherpreisindex.³ Standardisiert.⁴ Mittel- und osteuropäische Länder: Slowakei, Slowenien, Litauen, Lettland, Estland, Polen, Tschechien, Rumänien, Ungarn, Bulgarien, Kroatien.⁵ Summe der aufgeführten Länder. Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2018 in US-Dollar. Arbeitslosenquote gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 2018.

Quellen: Eurostat; IWF; ab 2020: Prognose des IWH.

Tabelle A5**Quartalsdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung¹**

Veränderung in % gegenüber dem Vorquartal

	2019				2020				2021			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
private Konsumausgaben	0,9	0,0	0,3	0,1	-2,5	-10,9	7,1	5,0	-0,2	0,6	0,6	0,6
öffentlicher Konsum	1,3	0,3	1,4	0,3	0,6	1,5	1,1	-0,2	0,5	0,3	0,3	0,3
Bauten	2,6	-1,0	0,3	0,4	5,1	-4,2	0,8	0,9	0,8	0,6	0,5	0,5
Ausrüstungen	1,0	0,0	-1,4	-2,0	-7,3	-19,6	9,5	6,5	3,5	2,0	1,0	0,8
sonstige Anlagen	-0,7	0,9	1,2	1,1	-4,1	0,6	0,9	0,8	0,6	0,6	0,6	0,6
Vorratsinvestitionen ²	-0,8	0,1	-0,7	0,2	0,0	0,3	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
inländische Verwendung	0,3	0,1	-0,3	0,3	-1,4	-7,2	4,7	3,1	0,3	0,7	0,6	0,6
Außenbeitrag ²	0,3	-0,6	0,6	-0,3	-0,8	-2,8	1,0	-0,6	-0,1	0,1	0,1	0,1
Exporte	1,6	-1,6	1,3	-0,3	-3,3	-20,3	14,5	3,4	2,0	1,7	1,4	1,3
Importe	0,9	-0,4	0,0	0,3	-1,9	-16,0	12,9	5,1	2,5	1,6	1,2	1,3
Bruttoinlandsprodukt	0,6	-0,5	0,3	0,0	-2,0	-9,7	5,5	2,4	0,1	0,7	0,7	0,6

¹ Saison- und arbeitstäglich bereinigte Werte; in Vorjahrespreisen. – ² Beitrag zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts in Prozentpunkten (Lundberg-Komponenten).

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 3. Quartal 2020: Prognose des IWH.

Tabelle A6**Beiträge der Verwendungskomponenten zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts¹**

in Prozentpunkten

	2019	2020	2021	2022
Konsumausgaben	1,4	-2,4	2,9	1,6
private Konsumausgaben	0,8	-3,1	2,5	1,3
Konsumausgaben des Staates	0,5	0,7	0,4	0,3
Bruttoanlageinvestitionen	0,5	-0,8	0,9	0,5
Bauten	0,4	0,4	0,2	0,2
Ausrüstungen	0,0	-1,2	0,6	0,2
sonstige Anlagen	0,1	-0,1	0,1	0,1
Vorratsveränderung	-0,7	0,0	0,0	0,0
inländische Verwendung	1,2	-3,3	3,8	2,1
Außenbeitrag	-0,6	-2,4	-0,6	0,4
Exporte	0,5	-5,1	3,4	2,4
Importe	-1,1	2,7	-4,1	-2,0
Bruttoinlandsprodukt	0,6	-5,7	3,1	2,5

¹ Abweichungen in der Summe rundungsbedingt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2020 bis 2022: Prognose des IWH.

Tabelle A7**Statistische Komponenten der BIP-Wachstumsrate**

in % bzw. Prozentpunkten

	2019	2020	2021	2022
statistischer Überhang ^a	0,2	0,0	1,9	1,0
Jahresverlaufsrate ^b	0,4	-4,4	2,3	2,3
jahresdurchschnittliche BIP-Rate, kalenderbereinigt	0,6	-6,1	3,1	2,6
Kalendereffekt ^c	0,0	0,4	0,0	-0,1
jahresdurchschnittliche BIP-Rate, kalenderjährlich ^d	0,6	-5,7	3,1	2,5

^a Saison- und kalenderbereinigtes reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im vierten Quartal des Vorjahres in Relation zum kalenderbereinigten Quartalsdurchschnitt des Vorjahres. – ^b Jahresveränderungsrate im vierten Quartal, saison- und kalenderbereinigt. – ^c In % des realen BIP. – ^d Abweichungen in der Summe rundungsbedingt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH; 2020 bis 2022: Prognose des IWH.

Tabelle A8**Erwerbstätigkeit nach Beschäftigtengruppen in Deutschland 2019 und 2020**

	2019	2020	Veränderung in	
			1 000 Personen	%
Arbeitnehmer (Inland)	41 117	40 778	-339	-0,8
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	33 518	33 567	49	0,1
Geförderte ¹	120	125	5	4,2
nicht geförderte	33 398	33 442	44	0,1
ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte	4 579	4 258	-321	-7,0
sonstige	3 020	2 953	-67	-2,2
Selbstständige einschließlich mithelfender Familienangehöriger	4 152	3 984	-168	-4,0
geförderte Selbstständigkeit	23	21	-2	-8,7
nicht geförderte Selbstständigkeit	4 129	3 963	-166	-4,0
Erwerbstätige (Inland)	45 269	44 762	-507	-1,1
staatlich subventionierte Erwerbstätige	288	2 997	2 709	941
geförderte Erwerbstätige ²	143	146	3	2,1
Kurzarbeit	145	2 851	2 706	1 866
ungeförderte Erwerbstätigkeit	44 981	41 765	-3 216	-7,1
nachrichtlich: Anteil der staatlich subventionierten Erwerbstätigen an den Erwerbstätigen (Inland)	0,6	6,7		

¹ Eingliederungszuschüsse (einschl. für Schwerbehinderte); Einstiegsgeld bei abhängiger SV-pflichtiger Erwerbstätigkeit; Beschäftigungszuschuss; ESF Bundesprogramm zur Eingliederung langzeitarbeitsloser Leistungsberechtigter; Eingliederung von Langzeitarbeitslosen (§16 e SGB II); Teilhabe am Arbeitsmarkt; Förderung von Arbeitsverhältnissen. – ² Geförderte sozialversicherungspflichtig Beschäftigte sowie geförderte Selbstständige.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des IWH; 2020: Prognose des IWH.

Tabelle A9**Indikatoren zur Außenwirtschaft**

	2018	2019	2020	2021	2022
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Exporte, real	2,3	1,0	-10,9	8,0	5,3
Importe, real	3,6	2,6	-6,6	10,4	4,8
	% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt				
Exporte, nominal	47,4	46,9	43,2	44,7	45,7
Importe, nominal	41,2	41,1	39,3	42,1	42,5
	Außenbeitrag				
Mrd. Euro, nominal	206,4	199,9	128,9	91,6	114,9

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2020 bis 2022: Prognose des IWH.

Tabelle A10**Reale Anlageinvestitionen in Deutschland**

Veränderung gegenüber Vorjahr in %

	2018	2019	2020	2021	2022
Anlageinvestitionen insgesamt	3,5	2,5	-3,9	4,1	2,1
Bauinvestitionen insgesamt	2,6	3,8	3,6	1,8	1,8
Wohnbauten	3,0	4,0	4,1	1,8	1,8
Nichtwohnbauten insgesamt	1,9	3,5	2,8	1,6	1,6
gewerbliche Bauten	1,1	2,5	1,4	1,7	1,7
öffentliche Bauten	3,9	6,0	5,7	1,3	1,2
Ausrüstungen	4,4	0,5	-16,9	9,8	2,7
Sonstige Anlagen	4,5	2,7	-1,5	2,7	2,4

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2020 bis 2022: Prognose des IWH.

Tabelle A11:**Verfügbares Einkommen und Konsumausgaben der privaten Haushalte¹ in Deutschland**

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	2018	2019	2020	2021	2022
verfügbares Einkommen, nominal	3,6	3,0	-0,5	2,7	2,5
<i>darunter:</i>					
Nettolöhne und -gehälter (Summe)	4,7	4,6	-1,5	3,7	2,9
monetäre Sozialleistungen	2,9	4,5	6,1	2,1	0,3
Selbständigen-, Vermögenseinkommen	1,9	-0,8	-6,3	2,2	4,1
Sparen	6,7	2,2	38,5	-16,7	-7,1
private Konsumausgaben, nominal	3,0	2,9	-5,3	6,1	3,8
<i>nachrichtlich:</i>					
Bruttolöhne und -gehälter (Summe)	4,8	4,1	-1,8	2,2	2,9
Sparquote (in %)	10,9	10,9	15,1	12,3	11,1
Preisindex des privaten Konsums	1,5	1,3	0,7	1,2	1,2
private Konsumausgaben, real	1,5	1,6	-5,9	4,9	2,5

¹ Einschließlich der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2020 bis 2022: Prognose des IWH.

Tabelle A12**Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen¹**

Veränderungsrate gegenüber dem Vorquartal in %

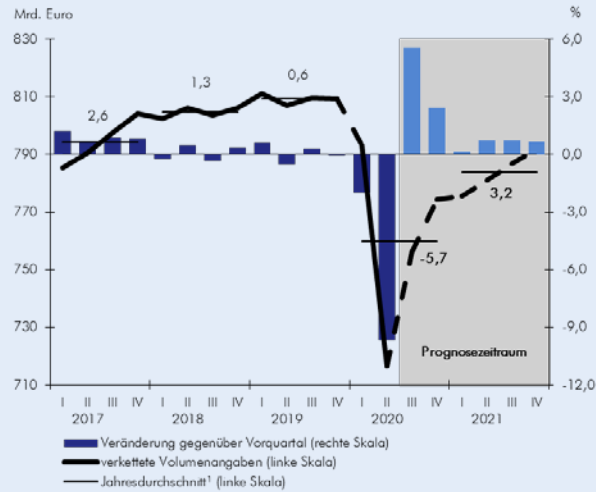
	2020			
	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal
Bruttoinlandsprodukt	-2,0	-9,7	5,5	2,4
<i>darunter</i>				
Bruttowertschöpfung	-1,7	-9,9	5,5	2,4
<i>darunter</i>				
Produzierendes Gewerbe ohne Bau	-4,1	-14,8	9,7	3,7
Verarbeitendes Gewerbe	-4,0	-16,1	10,6	4,0
Energie- und Wasserversorgung	-4,3	-5,8	4,4	1,4
Baugewerbe	4,6	-3,8	0,3	0,3
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	-1,4	-12,4	5,6	2,8
Information und Kommunikation	-2,2	-2,7	1,8	1,8
Finanz- und Versicherungsdienstleister	-0,4	0,0	0,8	0,5
Grundstücks- und Wohnungswesen	-0,2	1,0	0,8	0,5
Unternehmensdienstleister	-2,2	-14,3	6,1	2,3
öffentliche Dienstleister	-1,2	-8,8	6,4	2,9
sonstige Dienstleister	-2,9	-17,6	7,8	2,9

¹ Verkettete Volumina, saison- und kalenderbereinigt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 3. Quartal 2020: Prognose des IWH.

Abbildung A3

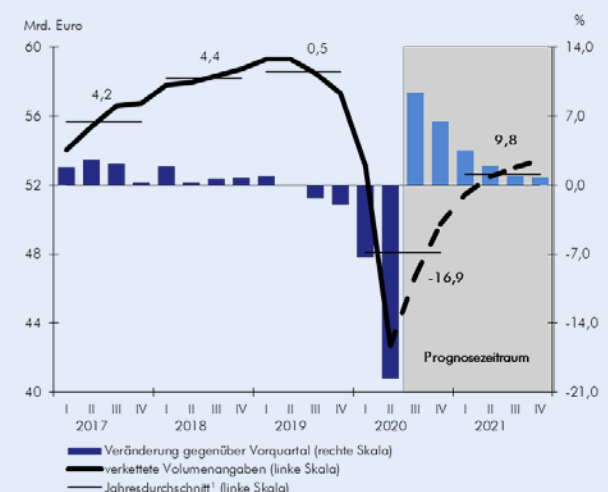
Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland
saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



¹ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 3. Quartal 2020: Prognose des IWH.

Abbildung A5

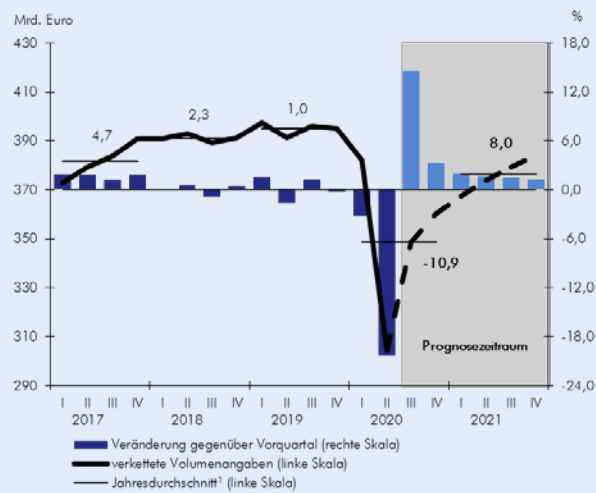
Reale Investitionen in Ausrüstungen
saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



¹ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 3. Quartal 2020: Prognose des IWH.

Abbildung A4

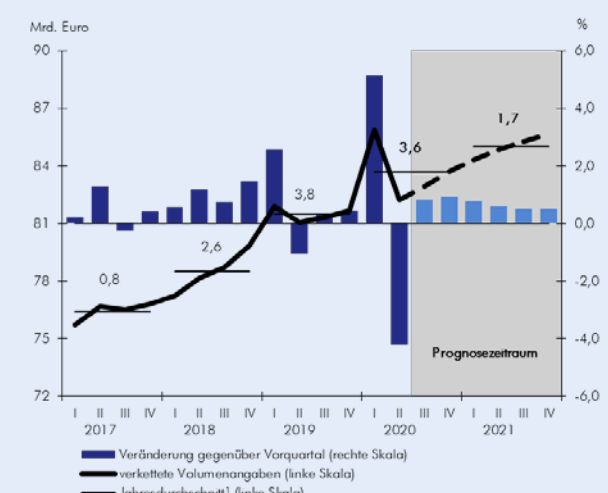
Reale Exporte
saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



¹ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 3. Quartal 2020: Prognose des IWH.

Abbildung A6

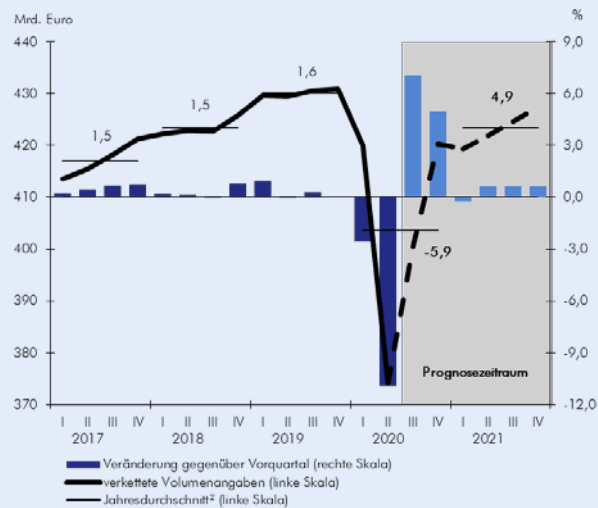
Reale Bauinvestitionen
saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



¹ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 3. Quartal 2020: Prognose des IWH.

Abbildung A7

Reale Konsumausgaben der privaten Haushalte¹
saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf

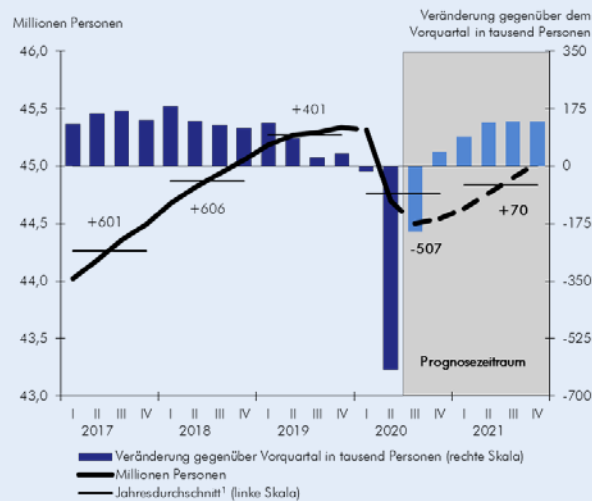


¹ Einschließlich Organisationen ohne Erwerbszweck. - ² Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 3. Quartal 2020: Prognose des IWH.

Abbildung A8

Erwerbstätige
Inlandskonzept, saisonbereinigter Verlauf



¹ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in tausend Personen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 3. Quartal 2020: Prognose des IWH.

Tabelle A13**Änderung von Steuern, Sozialabgaben und Staatsausgaben durch diskretionäre Maßnahmen¹**

Haushaltsentlastungen (+) und Haushaltsbelastungen (–), in Mrd. Euro gegenüber Vorjahr

	2020	2021	2022
Einnahmen der Gebietskörperschaften			
Alterseinkünftegesetz	–1,4	–1,5	–1,6
schrittweises Abschmelzen des Solidaritätszuschlags		–9,2	–1,4
Familienentlastungsgesetz: Erhöhung des Grund- und Kinderfreibetrags bei der Einkommensteuer zum 1. Januar 2020	–2,0	–0,5	–0,2
Familienentlastungsgesetz: Verschiebung der Eckwerte beim Einkommensteuertarif zum 1. Januar 2020	–2,2	–0,4	–0,2
Zweites Familienentlastungsgesetz: Erhöhung des Grund- und Kinderfreibetrags bei der Einkommensteuer zum 1. Januar 2021 und zum 1. Januar 2022		–2,2	–3,4
Zweites Familienentlastungsgesetz: Verschiebung der Eckwerte beim Einkommensteuertarif zum 1. Januar 2021 und zum 1. Januar 2022		–1,6	–1,9
Gesetz zur Vermeidung von Umsatzsteuerausfällen beim Handel mit Waren im Internet	–0,2	0,0	0,2
Jahressteuergesetz 2019	–0,3	–0,2	–0,2
Gesetz gegen schädliche Steuerpraktiken im Zusammenhang mit Rechteüberlassungen	0,1	1,0	0,3
steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung	0,0	–1,1	–0,1
Erhöhung der Behinderten-Pauschbeträge und Anpassung weiterer steuerlicher Regelungen		–0,2	–0,9
Steuerliche Förderung des Mietwohnungsneubaus		–0,1	–0,2
sonstige steuerliche Maßnahmen ²	0,1	0,2	0,1
Mehreinnahmen durch steigende Rentenbesteuerung	0,5	0,5	0,4
Klimapaket: CO ₂ -Bepreisung in den Sektoren Gebäude und Verkehr		7,4	1,6
Klimapaket: steuerliche Maßnahmen	–0,3	0,3	–0,4
Einnahmen der Sozialversicherungen			
GKV-Freibetrag für Betriebsrenten	–1,2	0,0	0,0
Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung zum 1. Januar 2020 um 0,1 Prozentpunkt auf 2,4%	–1,2	0,0	0,0
Ausweitung der Gleitzone (Midijobbbereich) zum 1. Juli 2019	–0,2	0,0	0,0
Ausgaben der Gebietskörperschaften			
Bundesteilhabegesetz	–0,2	0,0	0,0
zusätzliche investive Maßnahmen aus dem Koalitionsvertrag von 2013 ⁴	–1,0	0,5	0,5
zusätzliche investive Maßnahmen aus dem Koalitionsvertrag vom Februar 2018 ⁵	–2,7	–3,7	–0,8
Zusätzliche Ausgaben des Energie- und Klimafonds	–1,8	–3,2	–1,0
Zusätzliche investive Maßnahmen des Bundes in den Jahren 2021 bis 2024		–1,5	–0,5
Änderungen beim Wohngeld	–0,2	–0,1	0,0
Anhebung der Kaufprämie für Elektroautos	–0,3	0,0	0,0
Fluthilfemaßnahmen	–0,2	–0,1	0,8
Reform des BAföG	–0,3	–0,1	0,0
Änderung des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes	–0,1	–0,2	0,0
Klimapaket: Senkung EEG-Umlage		–5,4	–0,1
Erhöhung des Kindergeldes zum 1. Juli 2019 und zum 1. Januar 2021	–0,8	–2,8	0,0
Baukindergeld	–0,2	0,0	0,0
Starke-Familien-Gesetz	–0,6	0,0	0,0
Angehörigenentlastungsgesetz	–0,3	0,0	0,0
Teilhabechancengesetz	–0,1	0,0	0,2
Arbeit-von-morgen-Gesetz	0,0	–0,1	–0,1
Mehrausgaben für Verteidigung und Entwicklungshilfe	–0,6	–0,1	0,0
Personalaufstockung in den Bereichen Sicherheit und Justiz	–0,3	–0,5	–0,1
Ausgaben der Sozialversicherungen			
rentenpolitische Maßnahmen aus der vergangenen Legislaturperiode ³	–0,2	–0,2	–0,1
Verlängerung der Zurechnungszeit für Erwerbsgeminderte/Anpassung des aktuellen Rentenwerts Ost	–0,7	–0,6	–0,5
Grundrente		–1,3	–0,1
Arbeit-von-morgen-Gesetz	–0,1	–0,2	–0,2
Pflegepersonal-Stärkungsgesetz	–0,3	–0,2	–0,1
Reform der Strukturen der Krankenhausversorgung	–0,1	0,0	0,0
Terminservice- und Versorgungsgesetz	–0,5	–0,5	0,0
insgesamt (Mrd. Euro gegenüber Vorjahr)⁵	–20,1	–27,9	–10,1
insgesamt gegenüber Vorjahr (in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt in %)	–0,6	–0,8	–0,3

¹ Ohne makroökonomische Rückwirkungen; ohne Berücksichtigung der Stützungsmaßnahmen für Finanzinstitute und Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWU). – ² Reform der Investmentbesteuerung, Anpassung des Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetzes an die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts vom 4. November 2016, Unternehmensteuerreformgesetz 2008, Umsetzung des EuGH-Urteils vom 15. September 2016 zum Zeitpunkt des Vorsteuerabzugs bei Berichtigung einer Rechnung. – ³ Anpassung des aktuellen Rentenwerts in Ostdeutschland, Verbesserungen für Erwerbsgeminderte, Stärkung der Betriebsrenten, Flexirente. – ⁴ investive Maßnahmen aus dem Koalitionsvertrag von 2013 sowie zusätzliche Investitionen im Rahmen des Kommunalinvestitionsförderungsfonds und des Investitionspakets über 10 Mrd. Euro, zusätzliche Mittel für den Ausbau der Kindertagesbetreuung, zusätzliche Ausgaben für die innere und äußere Sicherheit. – ⁵ Differenzen durch Rundungsfehler. – ⁶ Digitalpakt, Fonds für den Breitbandausbau, Ausbau von Ganztagschulen, zusätzliche Mittel für die Kinderbetreuung, Erhöhung der Mittel für das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz.

Quellen: Bundesregierung; Berechnungen und Schätzungen des IWH.

Tabelle A14
Hauptaggregate der Sektoren
Jahresergebnisse 2019
in Mrd. Euro

		gesamte Volkswirtschaft	Kapital-gesellschaften	Staat	priv. Haushalte und priv. Org. o. E.	übrige Welt
1	= Bruttowertschöpfung	3 106,2	2 107,3	347,1	651,7	–
2	– Abschreibungen	639,8	372,7	79,5	187,6	–
3	= Nettowertschöpfung ¹	2 466,3	1 734,6	267,6	464,1	–199,9
4	– geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 845,2	1 337,7	271,5	235,9	14,1
5	– geleistete sonstige Produktionsabgaben	25,9	16,0	0,3	9,5	–
6	+ empfangene sonstige Subventionen	28,4	26,5	0,2	1,8	–
7	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	623,7	407,3	–4,1	220,4	–214,0
8	+ empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 845,9	–	–	1 845,9	13,3
9	– geleistete Subventionen	30,8	–	30,8	–	5,6
10	+ empfangene Produktions- und Importabgaben	369,7	–	369,7	–	7,1
11	– geleistete Vermögenseinkommen	687,5	640,2	27,5	19,8	210,1
12	+ empfangene Vermögenseinkommen	782,0	382,2	22,0	377,8	115,6
13	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 903,0	149,4	329,3	2 424,3	–293,7
14	– geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	446,1	93,6	–	352,5	11,8
15	+ empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	457,4	–	457,4	–	0,4
16	– geleistete Nettosozialbeiträge ²	730,8	–	–	730,8	4,4
17	+ empfangene Nettosozialbeiträge ²	732,2	133,8	597,5	0,8	3,0
18	– geleistete monetäre Sozialleistungen	613,6	67,3	545,4	0,8	0,6
19	+ empfangene monetäre Sozialleistungen	606,2	–	–	606,2	8,0
20	– geleistete sonstige laufende Transfers	353,8	191,4	74,2	88,2	57,8
21	+ empfangene sonstige laufende Transfers	305,2	169,3	25,2	110,7	106,4
22	= verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 859,8	100,2	789,8	1 969,8	–250,5
23	– Konsumausgaben	2 511,4	–	704,5	1 806,9	–
24	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–57,3	–	57,3	–
25	= Sparen	348,4	42,9	85,3	220,3	–250,5
26	– geleistete Vermögenstransfers	71,1	17,9	41,0	12,2	4,3
27	+ empfangene Vermögenstransfers	61,9	26,5	13,8	21,6	13,5
28	– Bruttoinvestitionen	737,7	427,4	86,2	224,2	–
29	+ Abschreibungen	639,8	372,7	79,5	187,6	–
30	– Nettozugang an nicht produzierten Vermögensgütern	–2,8	–2,3	–1,2	0,7	2,8
31	= Finanzierungssaldo	244,0	–0,9	52,5	192,4	–244,0
	<i>nachrichtlich:</i>					
32	verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 859,8	100,2	789,8	1 969,8	–250,5
33	– geleistete soziale Sachtransfers	452,9	–	452,9	–	–
34	+ empfangene soziale Sachtransfers	452,9	–	–	452,9	–
35	= verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 859,8	100,2	336,9	2 422,7	–250,5
36	– Konsum ³	2 511,4	–	251,6	2 259,8	–
37	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–57,3	–	57,3	–
38	= Sparen	348,4	42,9	85,3	220,3	–250,5

¹ Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.

² Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.

³ Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschließlich sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt.

noch: Hauptaggregate der Sektoren

Jahresergebnisse 2020

in Mrd. Euro

		gesamte Volkswirtschaft	Kapital-gesell-schaften	Staat	priv. Haushalte und priv. Org. o. E.	übrige Welt
1	= Bruttowertschöpfung	3 000,0	2 025,2	359,5	615,4	–
2	– Abschreibungen	664,3	385,0	83,1	196,1	–
3	= Nettowertschöpfung ¹	2 335,8	1 640,2	276,4	419,2	–128,9
4	– geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 815,4	1 301,2	282,5	231,7	14,2
5	– geleistete sonstige Produktionsabgaben	26,4	16,5	0,3	9,6	–
6	+ empfangene sonstige Subventionen	67,5	36,5	0,2	30,8	–
7	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	561,5	359,0	–6,3	208,8	–143,1
8	+ empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 816,9	–	–	1 816,9	12,7
9	– geleistete Subventionen	73,3	–	73,3	–	5,3
10	+ empfangene Produktions- und Importabgaben	338,3	–	338,3	–	7,4
11	– geleistete Vermögenseinkommen	598,4	557,4	23,2	17,7	198,4
12	+ empfangene Vermögenseinkommen	695,5	323,4	21,2	350,9	101,2
13	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 740,6	125,0	256,7	2 358,9	–225,5
14	– geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	394,4	63,4	–	331,0	9,5
15	+ empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	403,5	–	403,5	–	0,4
16	– geleistete Nettosozialbeiträge ²	731,6	–	–	731,6	4,1
17	+ empfangene Nettosozialbeiträge ²	732,6	133,4	598,3	0,9	3,1
18	– geleistete monetäre Sozialleistungen	650,7	61,6	588,3	0,9	0,6
19	+ empfangene monetäre Sozialleistungen	643,2	–	–	643,2	8,2
20	– geleistete sonstige laufende Transfers	375,6	196,3	81,8	97,4	41,0
21	+ empfangene sonstige laufende Transfers	308,0	165,8	25,0	117,1	108,7
22	= verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 675,5	102,9	613,4	1 959,3	–160,4
23	– Konsumausgaben	2 460,6	–	749,0	1 711,6	–
24	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–57,4	–	57,4	–
25	= Sparen	214,8	45,5	–135,7	305,0	–160,4
26	– geleistete Vermögenstransfers	82,0	17,1	51,5	13,5	4,2
27	+ empfangene Vermögenstransfers	70,8	24,7	15,1	31,0	15,5
28	– Bruttoinvestitionen	718,7	395,3	91,6	231,8	–
29	+ Abschreibungen	664,3	385,0	83,1	196,1	–
30	– Nettozugang an nicht produzierten Vermögensgütern	–2,7	–2,3	–1,1	0,6	2,7
31	= Finanzierungssaldo	151,9	45,1	–179,4	286,2	–151,9
	<i>nachrichtlich:</i>					
32	verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 675,5	102,9	613,4	1 959,3	–160,4
33	– geleistete soziale Sachtransfers	475,9	–	475,9	–	–
34	+ empfangene soziale Sachtransfers	475,9	–	–	475,9	–
35	= verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 675,5	102,9	137,5	2 435,2	–160,4
36	– Konsum ³	2 460,6	–	273,1	2 187,5	–
37	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–57,4	–	57,4	–
38	= Sparen	214,8	45,5	–135,7	305,0	–160,4

¹ Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.² Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.³ Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschließlich sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2020 bis 2022: Prognose des IWH.

noch: Hauptaggregate der Sektoren

Jahresergebnisse 2021

in Mrd. Euro

		gesamte Volkswirtschaft	Kapital-gesell-schaften	Staat	priv. Haushalte und priv. Org. o. E.	übrige Welt
1	= Bruttowertschöpfung	3 124,5	2 096,3	370,3	657,9	–
2	– Abschreibungen	691,1	398,5	87,5	205,0	–
3	= Nettowertschöpfung ¹	2 433,4	1 697,7	282,8	452,9	–91,6
4	– geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 855,8	1 328,1	291,1	236,5	13,7
5	– geleistete sonstige Produktionsabgaben	33,9	21,2	0,3	12,4	–
6	+ empfangene sonstige Subventionen	25,3	18,4	0,2	6,8	–
7	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	569,0	366,7	–8,5	210,8	–105,3
8	+ empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 857,3	–	–	1 857,3	12,1
9	– geleistete Subventionen	46,8	–	46,8	–	0,7
10	+ empfangene Produktions- und Importabgaben	380,8	–	380,8	–	7,4
11	– geleistete Vermögenseinkommen	568,5	529,5	21,2	17,9	187,9
12	+ empfangene Vermögenseinkommen	673,0	291,6	20,2	361,2	83,4
13	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 864,7	128,8	324,5	2 411,4	–191,0
14	– geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	407,1	79,7	–	327,4	9,9
15	+ empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	416,6	–	416,6	–	0,4
16	– geleistete Nettosozialbeiträge ²	747,8	–	–	747,8	4,2
17	+ empfangene Nettosozialbeiträge ²	748,9	136,7	611,4	0,9	3,1
18	– geleistete monetäre Sozialleistungen	664,1	68,0	595,3	0,9	0,6
19	+ empfangene monetäre Sozialleistungen	656,5	–	–	656,5	8,3
20	– geleistete sonstige laufende Transfers	374,2	169,7	101,3	103,2	58,6
21	+ empfangene sonstige laufende Transfers	322,3	173,0	25,8	123,5	110,5
22	= verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 815,8	121,1	681,7	2 012,9	–142,0
23	– Konsumausgaben	2 594,4	–	778,1	1 816,2	–
24	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–57,4	–	57,4	–
25	= Sparen	221,4	63,8	–96,4	254,1	–142,0
26	– geleistete Vermögenstransfers	74,0	8,7	52,1	13,2	4,2
27	+ empfangene Vermögenstransfers	63,9	21,0	14,9	27,9	14,4
28	– Bruttoinvestitionen	770,5	436,4	96,3	237,9	–
29	+ Abschreibungen	691,1	398,5	87,5	205,0	–
30	– Nettozugang an nicht produzierten Vermögensgütern	–3,6	–3,0	–1,1	0,5	3,6
31	= Finanzierungssaldo	135,5	41,3	–141,2	235,4	–135,5
	<i>nachrichtlich:</i>					
32	verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 815,8	121,1	681,7	2 012,9	–142,0
33	– geleistete soziale Sachtransfers	496,5	–	496,5	–	–
34	+ empfangene soziale Sachtransfers	496,5	–	–	496,5	–
35	= verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 815,8	121,1	185,2	2 509,5	–142,0
36	– Konsum ³	2 594,4	–	281,6	2 312,8	–
37	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–57,4	–	57,4	–
38	= Sparen	221,4	63,8	–96,4	254,1	–142,0

¹ Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.² Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.³ Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschließlich sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2020 bis 2022: Prognose des IWH.

noch: Hauptaggregate der Sektoren

Jahresergebnisse 2022

in Mrd. Euro

		gesamte Volkswirtschaft	Kapital-gesell-schaften	Staat	priv. Haushalte und priv. Org. o. E.	übrige Welt
1	= Bruttowertschöpfung	3 260,5	2 192,0	380,0	688,5	–
2	– Abschreibungen	719,6	413,1	92,2	214,3	–
3	= Nettowertschöpfung ¹	2 540,8	1 778,9	287,8	474,1	–114,9
4	– geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 910,4	1 368,1	298,6	243,6	13,2
5	– geleistete sonstige Produktionsabgaben	35,1	22,0	0,3	12,8	–
6	+ empfangene sonstige Subventionen	12,0	8,9	0,2	2,9	–
7	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	607,4	397,8	–11,0	220,6	–128,1
8	+ empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 911,9	–	–	1 911,9	11,7
9	– geleistete Subventionen	45,1	–	45,1	–	–10,9
10	+ empfangene Produktions- und Importabgaben	394,3	–	394,3	–	7,5
11	– geleistete Vermögenseinkommen	615,4	577,0	19,6	18,8	178,5
12	+ empfangene Vermögenseinkommen	730,5	335,3	20,4	374,8	63,3
13	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 983,6	156,1	338,9	2 488,6	–213,1
14	– geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	416,5	85,6	–	330,9	10,4
15	+ empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	426,4	–	426,4	–	0,4
16	– geleistete Nettosozialbeiträge ²	767,8	–	–	767,8	4,3
17	+ empfangene Nettosozialbeiträge ²	769,0	139,4	628,7	0,9	3,1
18	– geleistete monetäre Sozialleistungen	666,3	68,3	597,2	0,9	0,6
19	+ empfangene monetäre Sozialleistungen	658,5	–	–	658,5	8,5
20	– geleistete sonstige laufende Transfers	386,6	170,2	101,2	115,2	59,1
21	+ empfangene sonstige laufende Transfers	335,5	179,0	26,5	129,9	110,3
22	= verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 935,7	150,5	722,1	2 063,1	–165,3
23	– Konsumausgaben	2 687,6	–	803,1	1 884,5	–
24	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–57,4	–	57,4	–
25	= Sparen	248,1	93,1	–81,0	236,0	–165,3
26	– geleistete Vermögenstransfers	70,0	11,7	44,7	13,5	4,2
27	+ empfangene Vermögenstransfers	60,4	21,0	15,4	24,0	13,8
28	– Bruttoinvestitionen	802,5	456,4	99,9	246,2	–
29	+ Abschreibungen	719,6	413,1	92,2	214,3	–
30	– Nettozugang an nicht produzierten Vermögensgütern	–3,5	–2,8	–1,1	0,4	3,5
31	= Finanzierungssaldo	159,1	61,9	–116,9	214,1	–159,1
	<i>nachrichtlich:</i>					
32	verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 935,7	150,5	722,1	2 063,1	–165,3
33	– geleistete soziale Sachtransfers	514,6	–	514,6	–	–
34	+ empfangene soziale Sachtransfers	514,6	–	–	514,6	–
35	= verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 935,7	150,5	207,6	2 577,6	–165,3
36	– Konsum ³	2 687,6	–	288,5	2 399,1	–
37	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–57,4	–	57,4	–
38	= Sparen	248,1	93,1	–81,0	236,0	–165,3

¹ Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der bzw. an die übrige Welt² Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme³ Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschließlich sozialer Sachleistungen)

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2020 bis 2022: Prognose des IWH

Tabelle A15

VGR-Tabellen

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2020 bis 2022

	2019	2020	2021	2022	2020		2021	
					1 Hj	2 Hj	1 Hj	2 Hj
1 Entstehung des Inlandsprodukts								
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Erwerbstätige	0,9	-1,1	0,2	0,8	-0,5	-1,8	-0,7	1,0
Arbeitsvolumen	0,6	-5,6	3,1	0,6	-5,8	-5,4	3,0	3,2
Arbeitsstunden je Erwerbstätige	-0,3	-4,5	3,0	-0,2	-5,3	-3,7	3,7	2,2
Produktivität ¹	0,0	-0,2	0,0	1,9	-0,8	0,4	0,1	-0,1
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	0,6	-5,7	3,2	2,5	-6,5	-5,0	3,1	3,2
2 Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen								
a) Mrd. EUR								
Konsumausgaben	2 511,4	2 460,6	2 594,4	2 687,6	1 193,9	1 266,7	1 264,0	1 330,4
private Haushalte ²	1 806,9	1 711,6	1 816,2	1 884,5	831,9	879,7	885,1	931,1
Staat	704,5	749,0	778,1	803,1	362,0	387,1	378,8	399,3
Anlageinvestitionen	748,0	732,9	778,7	811,0	352,0	380,9	371,0	407,7
Ausrüstungen	373,7	397,2	414,4	430,7	193,2	204,0	199,3	215,1
Bauten	240,1	201,7	224,5	234,5	95,1	106,6	105,1	119,3
Ausrüstungen	134,2	133,9	139,9	145,8	63,6	70,3	66,6	73,3
Vorratsveränderung ³	-10,3	-14,2	-8,2	-8,5	-9,0	-5,2	-0,6	-7,6
inländische Verwendung	3 249,1	3 179,3	3 364,9	3 490,1	1 536,9	1 642,4	1 634,3	1 730,6
Außenbeitrag	199,9	128,9	91,6	114,9	85,3	43,6	48,9	42,7
Exporte	1 617,4	1 429,0	1 546,7	1 648,7	703,9	725,1	755,4	791,2
Importe	1 417,4	1 300,1	1 455,1	1 533,8	618,6	681,5	706,6	748,5
Bruttoinlandsprodukt	3 449,1	3 308,2	3 456,5	3 604,9	1 622,2	1 686,1	1 683,2	1 773,3
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Konsumausgaben	3,5	-2,0	5,4	3,6	-2,5	-1,5	5,9	5,0
private Haushalte ²	2,9	-5,3	6,1	3,8	-6,0	-4,6	6,4	5,8
Staat	5,1	6,3	3,9	3,2	6,3	6,3	4,6	3,2
Anlageinvestitionen	5,5	-2,0	6,3	4,1	-2,3	-1,7	5,4	7,0
Bauten	8,4	6,3	4,3	4,0	6,8	5,9	3,1	5,4
Ausrüstungen	1,9	-16,0	11,3	4,4	-17,9	-14,2	10,5	12,0
sonstige Anlageinvestitionen	4,2	-0,2	4,5	4,2	0,1	-0,5	4,7	4,3
Inländische Verwendung	3,1	-2,1	5,8	3,7	-3,3	-1,1	6,3	5,4
Exporte	1,7	-11,6	8,2	6,6	-12,6	-10,7	7,3	9,1
Importe	2,4	-8,3	11,9	5,4	-11,9	-4,8	14,2	9,8
Bruttoinlandsprodukt	2,8	-4,1	4,5	4,3	-4,2	-4,0	3,8	5,2
nachrichtlich in % in Relation zum nominalen BIP:								
Außenbeitrag	5,8	3,9	2,7	3,2	5,3	2,6	2,9	2,4
3 Verwendung des Inlandsprodukts, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2015)								
a) Mrd. EUR								
Konsumausgaben	2 374,1	2 294,4	2 384,5	2 435,6	1 117,3	1 177,2	1 170,6	1 213,9
private Haushalte ²	1 719,0	1 616,9	1 695,4	1 737,9	783,7	833,3	829,3	866,1
Staat	655,0	676,4	688,7	697,5	333,1	343,4	341,0	347,7
Anlageinvestitionen	684,2	657,5	684,7	699,3	316,3	341,2	327,5	357,2
Bauten	324,6	336,3	342,1	347,9	164,0	172,3	165,4	176,8
Ausrüstungen	233,2	193,7	212,7	218,5	91,3	102,4	99,8	112,8
sonstige Anlageinvestitionen	126,3	124,4	127,8	130,9	59,3	65,1	61,0	66,8
inländische Verwendung	3 049,1	2 942,0	3 058,3	3 125,2	1 432,1	1 509,9	1 496,2	1 562,1
Exporte	1 573,7	1 401,6	1 513,5	1 594,0	686,8	714,9	742,9	770,5
Importe	1 392,0	1 300,7	1 436,3	1 505,3	623,0	677,8	698,2	738,1
Bruttoinlandsprodukt	3 232,3	3 046,7	3 142,7	3 220,9	1 497,1	1 549,6	1 544,0	1 598,7
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Konsumausgaben	1,9	-3,4	3,9	2,1	-4,4	-2,3	4,8	3,1
private Haushalte ²	1,6	-5,9	4,9	2,5	-7,4	-4,6	5,8	3,9
Staat	2,7	3,3	1,8	1,3	3,2	3,3	2,4	1,3
Anlageinvestitionen	2,5	-3,9	4,1	2,1	-4,5	-3,3	3,5	4,7
Bauten	3,8	3,6	1,7	1,7	3,6	3,6	0,8	2,6
Ausrüstungen	0,5	-16,9	9,8	2,7	-19,1	-14,9	9,4	10,2
sonstige Anlageinvestitionen	2,7	-1,5	2,7	2,4	-1,2	-1,7	2,9	2,5
Inländische Verwendung	1,2	-3,5	4,0	2,2	-4,7	-2,3	4,5	3,5
Exporte	1,0	-10,9	8,0	5,3	-12,6	-9,2	8,2	7,8
Importe	2,6	-6,6	10,4	4,8	-9,4	-3,8	12,1	8,9
Bruttoinlandsprodukt	0,6	-5,7	3,2	2,5	-6,5	-5,0	3,1	3,2

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2020 bis 2022

	2019	2020	2021	2022	2020		2021	
					1 Hj	2 Hj	1 Hj	2 Hj

4 Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2015=100)

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

private Konsumausgaben ²	1,3	0,7	1,2	1,2	1,5	-0,1	0,5	1,8
Konsumausgaben des Staates	2,3	3,0	2,0	1,9	3,0	2,9	2,2	1,9
Anlageinvestitionen	2,9	1,9	2,0	2,0	2,3	1,7	1,8	2,2
Bauten	4,4	2,6	2,5	2,2	3,0	2,2	2,3	2,8
Ausrüstungen	1,4	1,1	1,3	1,6	1,4	0,8	1,0	1,6
Exporte	0,8	-0,8	0,2	1,2	0,0	-1,6	-0,8	1,2
Importe	-0,1	-1,8	1,4	0,6	-2,7	-1,0	1,9	0,9
Bruttoinlandsprodukt	2,2	1,8	1,3	1,8	2,5	1,0	0,6	1,9

5 Einkommensentstehung und -verteilung

a) Mrd. EUR

Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	2 424,3	2 358,9	2 411,4	2 488,6	1 184,2	1 174,7	1 202,9	1 208,5
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	324,3	323,0	330,2	340,3	160,9	162,1	163,2	167,0
Bruttolöhne und -gehälter	1 521,6	1 493,9	1 527,1	1 571,7	719,3	774,6	729,1	798,1
übrige Primäreinkommen ⁴	578,4	542,0	554,0	576,7	304,0	238,0	310,7	243,4
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	478,7	381,7	453,4	495,0	151,0	230,7	180,0	273,4
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2 903,0	2 740,6	2 864,7	2 983,6	1 335,2	1 405,3	1 382,9	1 481,9
Abschreibungen	639,8	664,3	691,1	719,6	329,0	335,3	342,3	348,8
Bruttonationaleinkommen	3 542,8	3 404,9	3 555,9	3 703,2	1 664,3	1 740,6	1 725,2	1 830,7
nachrichtlich:								
Volkseinkommen	2 564,1	2 475,6	2 530,8	2 634,4	1 201,7	1 273,8	1 222,8	1 307,9
Arbeitnehmerentgelt	1 845,9	1 816,9	1 857,3	1 911,9	880,3	936,7	892,3	965,1
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	718,2	658,6	673,4	722,5	321,5	337,2	330,6	342,9

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	3,0	-2,7	2,2	3,2	-1,2	-4,2	1,6	2,9
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	4,5	-0,4	2,2	3,0	2,4	-3,0	1,4	3,0
Bruttolöhne und -gehälter	4,1	-1,8	2,2	2,9	-1,0	-2,5	1,4	3,0
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	2,9	-1,0	1,8	1,9	-0,9	-1,1	1,7	1,7
übrige Primäreinkommen ⁴	-0,8	-6,3	2,2	4,1	-3,3	-9,8	2,2	2,3
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	-0,8	-20,3	18,8	9,2	-29,3	-13,0	19,2	18,5
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2,3	-5,6	4,5	4,1	-5,4	-5,7	3,6	5,4
Abschreibungen	4,8	3,8	4,0	4,1	3,6	4,0	4,0	4,0
Bruttonationaleinkommen	2,8	-3,9	4,4	4,1	-3,8	-4,0	3,7	5,2
nachrichtlich:								
Volkseinkommen	2,2	-3,5	2,2	4,1	-3,3	-3,6	1,8	2,7
Arbeitnehmerentgelt	4,2	-1,6	2,2	2,9	-0,4	-2,6	1,4	3,0
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	-2,7	-8,3	2,2	7,3	-10,5	-6,1	2,8	1,7

6 Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte²

a) Mrd. EUR

Masseneinkommen	1 491,1	1 505,9	1 553,0	1 584,6	729,3	776,6	750,1	802,9
Nettolöhne und -gehälter	1 020,3	1 005,0	1 041,7	1 071,8	479,6	525,3	492,4	549,3
monetäre Sozialleistungen	606,2	643,2	656,5	658,5	319,2	324,0	329,4	327,1
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	135,4	142,3	145,2	145,6	69,5	72,8	71,7	73,5
übrige Primäreinkommen ⁴	578,4	542,0	554,0	576,7	304,0	238,0	310,7	243,4
sonstige Transfers (Saldo) ⁵	-99,7	-88,6	-94,1	-98,2	-43,6	-45,0	-46,3	-47,8
Verfügbares Einkommen	1 969,8	1 959,3	2 012,9	2 063,1	989,7	969,6	1 014,4	998,5
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	57,3	57,4	57,4	57,4	27,9	29,5	27,9	29,5
Konsumausgaben	1 806,9	1 711,6	1 816,2	1 884,5	831,9	879,7	885,1	931,1
Sparen	220,3	305,0	254,1	236,0	185,7	119,3	157,2	96,9
Sparquote (%) ⁶	10,9	15,1	12,3	11,1	18,2	11,9	15,1	9,4

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Masseneinkommen	4,4	1,0	3,1	2,0	1,7	0,3	2,8	3,4
Nettolöhne und -gehälter	4,6	-1,5	3,7	2,9	-0,6	-2,3	2,7	4,6
monetäre Sozialleistungen	4,5	6,1	2,1	0,3	6,0	6,2	3,2	0,9
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	6,2	5,1	2,1	0,3	4,0	6,2	3,2	1,0
übrige Primäreinkommen ⁴	-0,8	-6,3	2,2	4,1	-3,3	-9,8	2,2	2,3
Verfügbares Einkommen	3,0	-0,5	2,7	2,5	0,9	-2,0	2,5	3,0
Konsumausgaben	2,9	-5,3	6,1	3,8	-6,0	-4,6	6,4	5,8
Sparen	2,2	38,5	-16,7	-7,1	49,7	24,0	-15,3	-18,8

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2020 bis 2022

	2019	2020	2021	2022	2020		2021	
					1 Hj	2 Hj	1 Hj	2 Hj
7 Einnahmen und Ausgaben des Staates⁷								
a) Mrd. EUR								
Einnahmen								
Steuern	827,1	741,8	797,3	820,7	382,2	359,6	398,0	399,3
Nettosozialbeiträge	597,5	598,3	611,4	628,7	295,2	303,2	300,1	311,2
Vermögenseinkommen	22,0	21,2	20,2	20,4	12,4	8,8	11,4	8,8
sonstige Transfers	25,2	25,0	25,8	26,5	11,8	13,3	12,1	13,7
Vermögenstransfers	13,8	15,1	14,9	15,4	7,0	8,0	7,0	8,0
Verkäufe	124,9	126,9	130,9	135,0	58,1	68,8	59,6	71,3
sonstige Subventionen	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1
Insgesamt	1 610,6	1 528,5	1 600,7	1 646,9	766,7	761,8	788,3	812,4
Ausgaben								
Vorleistungen ⁸	482,7	516,8	539,0	558,5	246,1	270,8	258,9	280,1
Arbeitnehmerentgelt	271,5	282,5	291,1	298,6	135,8	146,7	139,9	151,2
Vermögenseinkommen (Zinsen)	27,5	23,2	21,2	19,6	11,7	11,5	10,6	10,6
Subventionen	30,8	73,3	46,8	45,1	39,9	33,4	23,5	23,3
monetäre Sozialleistungen	545,4	588,3	595,3	597,2	288,9	299,4	298,8	296,5
sonstige laufende Transfers	74,2	81,8	101,3	101,2	40,5	41,3	50,1	51,2
Vermögenstransfers	41,0	51,5	52,1	44,7	16,5	35,0	21,3	30,8
Bruttoinvestitionen	86,2	91,6	96,3	99,9	39,4	52,1	41,3	54,9
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-1,2	-1,1	-1,1	-1,1	-0,4	-0,6	-0,4	-0,6
Insgesamt	1 558,1	1 708,0	1 741,9	1 763,8	818,3	889,6	843,9	898,0
Finanzierungssaldo	52,5	-179,4	-141,2	-116,9	-51,6	-127,8	-55,6	-85,6
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Einnahmen								
Steuern	3,2	-10,3	7,5	2,9	-8,1	-12,5	4,1	11,0
Nettosozialbeiträge	4,4	0,1	2,2	2,8	1,8	-1,4	1,7	2,7
Vermögenseinkommen	5,8	-3,5	-4,6	1,0	-5,8	0,0	-8,2	0,5
sonstige Transfers	0,8	-0,6	3,1	2,9	3,8	-4,2	3,2	3,0
Vermögenstransfers	-5,2	9,5	-0,8	2,8	16,1	4,3	-0,5	-1,1
Verkäufe	4,4	1,6	3,1	3,2	-0,9	3,9	2,4	3,7
sonstige Subventionen	-	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	3,6	-5,1	4,7	2,9	-3,6	-6,6	2,8	6,6
Ausgaben								
Vorleistungen ⁸	5,1	7,1	4,3	3,6	6,5	7,6	5,2	3,5
Arbeitnehmerentgelt	4,6	4,0	3,0	2,6	4,1	4,0	3,0	3,0
Vermögenseinkommen (Zinsen)	-11,6	-15,4	-9,0	-7,2	-18,3	-12,2	-9,5	-8,5
Subventionen	4,5	138,1	-36,2	-3,5	177,5	103,6	-41,2	-30,2
monetäre Sozialleistungen	4,8	7,8	1,2	0,3	6,7	9,0	3,4	-1,0
sonstige laufende Transfers	4,7	10,4	23,7	0,0	10,5	10,2	23,7	23,8
Vermögenstransfers	-7,1	25,5	1,2	-14,1	17,8	29,4	29,1	-11,9
Bruttoinvestitionen	9,6	6,2	5,1	3,8	4,6	7,5	4,8	5,4
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	4,4	9,6	2,0	1,3	9,3	9,9	3,1	0,9
nachrichtlich in % in Relation zum nominalen BIP:								
Finanzierungssaldo des Staates	1,5	-5,4	-4,1	-3,2	-3,2	-7,6	-3,3	-4,8

¹ Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde² Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck³ Einschließlich Nettozugang an Wertsachen⁴ Selbstständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen⁵ Empfangene abzüglich geleistete sonstige Transfers⁶ Sparen in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche)⁷ Gebietskörperschaften und Sozialversicherung⁸ Einschließlich sozialer Sachleistungen und sonstiger Produktionsabgaben

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); Berechnungen des IWH; ab 2020: Prognose des IWH



Impressum

Herausgeber:

Professor Reint E. Gropp, Ph.D.
Professor Dr. Oliver Holtemöller
Professor Michael Koetter, Ph.D.
Professor Dr. Steffen Müller

Redaktion:

Stefanie Müller, M. A.
Layout und Satz: Franziska Exß
Tel +49 345 7753 720
Fax +49 345 7753 718
E-Mail: Stefanie.Mueller@iwh-halle.de

Verlag:

Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle
Kleine Märkerstraße 8, D-06108 Halle (Saale)
Postfach: 110361, D-06017 Halle (Saale)

Tel +49 345 7753 60, Fax +49 345 7753 820
www.iwh-halle.de

Erscheinungsweise: 4 Ausgaben jährlich

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet,
Beleg erbeten.

Titelbild: © Arturo Rey, www.unsplash.com

Konjunktur aktuell, 8. Jahrgang

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 16. September 2020

ISSN 2195-8319